

Fall kommt das inner- und parteipolitische Moment offenbar hinzu. Jene Blätter der Linken „Quotidien“, „Deuvre“ und „Une Nouvelle“, die sich über den Anschlussgedanken besonders aufzuregen vorgeben, versuchen seit zwei Jahren systematisch einen Keil zwischen den rechten und den linken Flügel der Sozialistischen Partei Frankreichs zu treiben. In dem klaren Bekenntnis des Genossen Léon Blum zur grundsätzlichen Zulässigkeit des Anschlusses wittern sie eine Möglichkeit, den rechten gegen den linken Flügel der Sozialisten mobil zu machen. Sie wiederholen dieses Spiel bei jeder Gelegenheit, und diese Gelegenheit erscheint ihnen um so günstiger, als viele Franzosen in völliger Unkenntnis der Grundlagen des Anschlussproblems das „größere Deutschland“ für eine pangermanistische (alldäutsche) Sache halten, im übelsten, gefährlichsten Vorkriegsinn des Wortes. Indem sie diesen Ausdruck fortwährend wiederholen, hoffen sie, eine Rebellion derjenigen Persönlichkeiten in der sozialistischen Partei Frankreichs zu entfachen, die außenpolitisch weniger informiert und international weniger geschult sind als die offiziellen Führer der Partei. In dem bereits zitierten Artikel der „Populaire“ hat Genosse Léon Blum selber auf dieses plumpe Manöver hingewiesen und schon die gebührende Antwort erteilt: das Wahlprogramm der Partei, das sich sowohl für die unverzügliche und bedingungslose A u m n u n g des Rheinlandes wie auch für die grundsätzliche Zulässigkeit des Anschlusses ausspricht, ist von der Programmkommission und später vom Parteitag einstimmig gutgeheißen worden.

Aber die bürgerliche Linkspresse läßt nicht locker. Im „Quotidien“ schreibt der Chefredakteur Pierre Bertrand seit drei Tagen täglich einen Leitartikel, in dem er sich nicht nur in den unglücklichsten Ausdrücken über unseren Genossen Löbe ausläßt, sondern anschließend daran — und das ist offenbar der Zweck der Uebung — in den schärfsten Worten auch Léon Blum angreift. Er bleibt dabei, daß ein Teil der französischen sozialistischen Partei die Stellungnahme Blums zur Anschlussfrage scharf verurteilt. Was er übrigens an eigenen Argumenten gegen den Anschluß und gegen Löbe vorbringt, zeugt von absoluter Unkenntnis der Dinge, wenn nicht gar von bewusster Böswilligkeit. So schreibt er u. a., Löbe habe, in der Absicht, dem Bundeskanzler Seipel zu kompromittieren, erklärt, daß Seipel in Berlin versprochen hätte, nichts ohne die Zustimmung Deutschlands zu unternehmen. Diese „Enthüllung“ Löbes bestand aber lediglich in der Wiederholung eines Satzes, den Seipel im Nationalrat öffentlich gesprochen hatte!

Weiter nennt Bertrand Löbe einen „Nationalisten“, er bezeichnet die Anschlusspropaganda als eine „niedrige Demagogie und eine hinterhältige Drohung für den Frieden“ und er bezweifelt schließlich, daß es in Oesterreich eine Mehrheit für den Anschluß gebe: „Jedenfalls ist das bisher niemals bewiesen worden.“ Wir entsinnen uns einer geplanten Probevolksabstimmung, die unterbleiben mußte, weil die Siegermächte offiziell die schärfsten Drohungen ausgesprochen für den Fall, daß dieses Plebiszit stattfinden würde. (Die Abstimmung wurde dennoch als private Veranstaltung wenigstens in Salzburg und Tirol durchgeführt und ergab nahezu Einmütigkeit für den Anschluß!) Daran offen mag man schon den politischen und moralischen Wert der „Argumente“ des „Quotidien“ ermessen.

Da die außenpolitische Ignoranz des ehemaligen Sportredakteurs Pierre Bertrand ebenso feststeht wie seine moralische Unzuverlässigkeit, braucht man sich nicht länger mit ihm zu befassen. Ernster ist es, wenn überzeugte Männer der Linken, wie die Redakteure von „Deuvre“ Jean Piot und Henry Barde in die gleiche Kerbe hauen. Auch sie leitet zwar derselbe Grundgedanke, Gegensätze in der sozialistischen Partei zu sühnen. Aber darüber hinaus werfen sie Argumente in die Debatte, die von erschreckender Einseitigkeit und Verständnislosigkeit sind: Barde meint z. B., das Selbstbestimmungsrecht sei zwar ein sehr schöner Gedanke, der aber nicht mißbraucht werden dürfe, um Oesterreich durch Deutschland „verflaven“ zu lassen — auch wenn Wien erkläre, daß es verflaut sein wolle! Von dieser sonderbaren Behauptung ausgehend, deutet er an, man könnte als Bedingung für die frühere Räumung des Rheinlands z. B. den Verzicht Deutschlands auf den Anschluß verlangen. Darauf sei in aller Kürze geantwortet: Dann warten wir lieber, als daß wir auf eine solche unmoralische Bedingung eingehen. Für eine solche „Verständigungspolitik“ sind wir nicht zu haben. Nicht der Anschluß ist imperialistisch, sondern das Bestreben jener Franzosen, die zwar die französische, die spanische, die italienische, die britische Einheit für etwas Selbstverständliches halten, die aber die deutsche Einheit mit Drohungen und Erpressungen verhindern wollen. Das ist die gradlinige Fortsetzung der Politik Ludwigs XIV und Napoleon I.

Im übrigen nehmen wir die jetzige Polemik nicht allzu tragisch. Die Geschichte der letzten Jahre ist eine einzige Kette von Beweisen dafür, daß der Sozialismus immer einige Jahre vor den Anderen die richtigen Lösungen erkannt und empfohlen hat. Das gilt in Deutschland wie in Frankreich. Als Genosse Blum vor fünf Jahren gegen die Besetzung des Ruhrgebietes protestierte, da wurde er in der Kammer beschimpft und bedroht. Ein Jahr später gab ihm die große Mehrheit des französischen Volkes bei den Wahlen recht. Noch vor drei Jahren waren unsere Genossen die einzigen, die unter allgemeinen Verdächtigungen und Verhöhnungen für eine heilige Rheinandrängung eintraten. Heute wird dieses Problem in Frankreich ganz allgemein und relativ sachlich diskutiert. Mit dem Anschluß wird es vielleicht etwas länger dauern, aber der Tag wird bestimmt kommen, wo die große Mehrheit der Franzosen einsehen wird, daß die Sozialisten auch in dieser Frage nicht nur mehr Mut, sondern auch mehr politischen Verstand als alle anderen Parteien gezeigt haben!

Denken oder Vergessen? Die „Deutsche Zeitung“ schreibt über die Beschlüsse von May Hölz im Reichstag: „Die Quälens, die Herr Hölz durch sein Auftreten der Republik erteilt, dürfte allen denen zu denken geben, die sich für die Amnestie eingesetzt haben.“ — So, zu denken. Oder sollen nicht diese Zeilen eher vergessen machen, daß das deutschnationale Blättchen, in dem sie stehen, nächst der „Koten Taktik“ am geräuschvollsten nach Amnestie geschrien hat?

Klärung in Bayern.

Der Ministerabbau beschlossen. — Wiederwahl des Kabinetts Held. — Scheinopposition der christlichen Gewerkschaftsabgeordneten.

München, 20. Juli. (Eigenbericht.)

Der bayerische Landtag sprach sich am Montag in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 52 Stimmen für den Abbau einzelner Ministerien aus. Die Reihen der Opposition wurden durch 7 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei verstärkt, die den christlichen Gewerkschaften nahestehen und die in der Auflösung des Sozialministeriums eine „unverträgliche staatspolitische Benachteiligung der Arbeitnehmerschaft“ erblicken. Ursprünglich wollten diese sieben Leute ihrer Opposition in offener Landtagsabstimmung Ausdruck geben. Sie begnügten sich aber schließlich mit einem Brief an den Ministerpräsidenten, der als der Urheber dieses Verrats des Sozialministeriums an den sozialreaktionären Bauernbund angesehen werden muß. In diesem Schreiben wird in verwässerter Form dem Ausdruck gegeben, was in den letzten Tagen in Dutzenden von Protestkundgebungen der christlichen Arbeiterschaft bekannt geworden ist.

Den christlichen Arbeiterabgeordneten war es in Wirklichkeit mit ihrer Opposition gar nicht sonderlich Ernst; denn nach Annahme der Regierungsvorlage wurde Dr. Held mit ihren Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Held erhielt 72 Stimmen, das bedeutet eine Mehrheit von 7 Stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion gab weiße Zettel ab.

Am Dienstag nachmittag stellt Ministerpräsident Dr. Held dem Landtag sein „neues“ Kabinett mit den alten Ministern vor. Die Regierungserklärung wird von den Parteien mit kurzen Erklärun-

gen beantwortet werden. Die politische Aussprache soll erst im Herbst stattfinden.

Die Bayerische Volkspartei vor der Krise?

Der offene Verrat, den die Parteileitung der Bayerischen Volkspartei an der christlichen Arbeiterschaft durch Zerstückelung und Auflösung des Sozialministeriums beging, hat innerhalb dieser Partei offenbar eine recht ernste Situation geschaffen. Die „Mugsburger Volkszeitung“, ein führendes Organ der Partei, schreibt darüber:

„Das ist eine sehr peinliche Situation, weil sie das Fundament der Bayerischen Volkspartei noch mehr erschüttert als es ohnehin bereits der Fall ist. Die Partei befindet sich zurzeit in folgender Lage: Bei den letzten Wahlen vom 20. Mai hat sie einen beträchtlichen Stimmenverlust erlitten. Bei der jüngsten Koalitionsbildung hatte die Partei innere Schwierigkeiten beträchtlicher Art zu überwinden und was sie erreicht hat, ist kein Plus an innerer Stärke und Geschlossenheit; denn daß die christlichen Bauernvereine mit dem Ergebnisse der Koalitionsbildung zufrieden sind, kann niemand behaupten. Nun kommt noch die tiefe Verstimmlung der Arbeiterkreise der Partei dazu. Das ist eine Summe von inneren Unstimmigkeiten, die die Partei in ihrem Hochstand noch hätte ertragen können. In der gegenwärtigen Verfassung aber, in der sich die Partei befindet, liegt die Gefahr des Ausbruchs einer Partei-krise nahe. Die verantwortlichen Instanzen der Partei werden sich über Mittel und Wege schlüssig machen müssen, wie die Krise eingedämmt und eine Plattform gefunden werden kann, auf der ein Ausgleich und die möglichste Herstellung der früheren Geschlossenheit erzielt werden kann.“

Das Reichsbahngericht.

Der Präsident des Reichsgerichts hat die beiden Beisitzer des Reichsbahngerichts, das sich demnächst mit dem Antrage der Deutschen Reichsbahngesellschaft auf eine Tarifserhöhung zu befassen haben wird, entsprechend dem Vorschlage der beiden Parteien bestellt. Das Reichsbahngericht wird sich danach zusammensetzen aus dem Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Mager, als Vorsitzenden, dem auf Vorschlag der Reichsregierung ernannten Dr. h. c. Silverberg, Köln, und dem auf Vorschlag der Deutschen Reichsbahngesellschaft ernannten Geheimrat Legationsrat Bankdirektor Dr. W. Frisch, Berlin, als Beisitzern.

Wirkungen der Lohnsteuerentung.

Gesamtausfall 132 Millionen Mark pro Jahr.

Die vom Reichstag beschlossene Ermäßigung der Lohnsteuer ist gegen den schärfsten Widerstand der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und — der Kommunisten zustande gekommen. Diese Einheitsfront zur Verhinderung eines isolierten Vorstüßens mit den schärfsten Reaktionskräften ist den Kommunisten jetzt so unangenehm, daß sie durch die schlimmsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie ihre eigenen Anhänger zu beruhigen versuchen. Sie behaupten dabei u. a., die beschlossene Ermäßigung der Lohnsteuer sei bedeutungslos und unzulässig.

Beide Hormurde sind unberechtigt, besonders im Munde derer, die überhaupt gegen jede Senkung der Lohnsteuer waren. Hätten die Kommunisten durch ihr Bündnis mit den Schwerindustriellen und den Großagrariern eine Mehrheit erhalten, so würden die Lohnsteuerpflichtigen überhaupt keine Ermäßigung ihrer Steuerleistung erhalten haben. Das aber ist das Entscheidende. Auch die Sozialdemokratie ist von der jetzt erfolgten Regelung in keiner Weise befriedigt. Sie betrachtet sie nur als eine Abschlagszahlung und sie hält an ihren weitergehenden Forderungen durchaus fest. Aber da der Widerstand im Reichstage gegen eine sofortige Ermäßigung der Lohnsteuer auch von den Kommunisten ausging, hatte man zu wählen, ob die Lohn- und Gehaltsempfänger ganz leer ausgehen sollten, oder ob es nicht besser ist, wenigstens etwas für sie zu erreichen.

Der Reichstag beschloß, die Ermäßigung der Lohnsteuer von 15 auf 25 Proz. zu erhöhen und eine weitere Milderung dadurch einzutreten zu lassen, daß die Steuer nur nach Beträgen berechnet wird, die beim Monateinkommen auf volle 5 M., bei Wocheninkommen auf volle Mark nach unten abgerundet sind. Dadurch gestaltet sich die Steuerleistung eines Bedienen folgendermaßen:

Monatsarbeitslohn	bisherige Steuerleistung	Steuerleistung vom 1. Oktbr. ab	Ermäßigung sum
112,50	1,05	—	1,05
125,—	2,10	1,85	—,25
150,—	4,25	3,75	—,50
175,—	6,35	5,60	—,75
200,—	8,50	7,50	1,—

Wie aus dieser Aufstellung hervorgeht, wird die unterste Gruppe der bisher Steuerpflichtigen völlig steuerfrei; sie erhält die größte Ermäßigung. Bei den anderen Steuerpflichtigen ist die Ermäßigung in den unteren Gruppen sehr klein, erreicht aber bereits bei einem Monateinkommen von 200 M. die Höchstgrenze von 1 M. monatlich.

Unwahr ist ferner, daß die Familien mit höherer Kinderzahl benachteiligt werden. Von ihr kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil die steuerfreie Grenze bei den kinderreichen Familien verhältnismäßig hoch ist. Bei einer Familie mit zwei Kindern sind bereits 140 M., mit drei Kindern 180 M., mit vier Kindern 240 M. und mit fünf Kindern 320 M. steuerfrei. Infolge dieser hohen steuerfreien Grenze kommt die jetzt beschlossene Ermäßigung den kinderreichen Familien nur zum kleinen Teil zugute. Aber einfach deswegen, weil sie bisher bereits zum größten Teil steuerfrei sind.

Da der Gesamtausfall pro Jahr 132 Millionen beträgt, die sich auf rund 15 Millionen Steuerpflichtige verteilen, so beträgt die Ermäßigung pro Kopf durchschnittlich etwa 8,50 M. Sie ist also nicht so unbedeutend, wie die Kommunisten behaupten. Die Sozialdemokratie sieht die durch ihre Initiative herbeigeführte Senkung der Lohnsteuer trotzdem nicht als eine Erfüllung ihrer Wünsche an, sondern nur als einen ersten bescheidenen Teilerfolg. Würden die Kommunisten anstatt an der Seite der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu kämpfen, mit

der Sozialdemokratie in einer Front gestanden haben, so wäre der Erfolg für die Arbeiterklasse wahrscheinlich größer geworden. Aber wie immer, so stand auch in dem Kampf um die Senkung der Lohnsteuer den Kommunisten parteipolitischer Haß höher als das Interesse der Arbeitermassen!

Wer trägt die Kosten?

Die Kostenregelung bei der Amnestie.

Die Korrespondenz Sochajewski berichtet: Durch das Amnestiegesetz vom 14. Juli d. J. sind bekanntlich alle diejenigen Prozesse erledigt worden, in denen wegen politischer Vergehen ein rechtssträfliches Urteil der Gerichte vorliegen hat. Dagegen ist im Amnestiegesetz die sehr wichtige Frage der Kostenregelung unberücksichtigt geblieben, und, wie wir erfahren, werden jetzt auf Grund der Einstellung von Verfahren oder der Aufhebung von Urteilen eine ganze Reihe von Prozessen gegen das Reich, bzw. gegen die Justizbehörden durchgeführt werden, ebenso wie auch die Staatsanwaltschaft gegen eine Anzahl Amnestiebeschwerden Einspruch bei den zuständigen Instanzen erhoben hat.

Der Prozeß Straßmann in Blausen, der bekanntlich noch in diesem Sommer das Reichsgericht beschäftigen und zu einer Neuerteilung des Rechtsanwalts Dr. Müller-Blauen wegen Beleidigung des Reichsaussenministers in tatsächlicher Beziehung geführt hat, ist ein Schulbeispiel für die vielen Strafprozeß, die aus dem Amnestiegesetz entstanden sind. Der Prozeß hat zweimal die Plauen Gerichte und einmal das Reichsgericht in wochenlangen Verhandlungen beschäftigt. Allein in der ersten Verhandlung sind über 50 Zeugen aus allen Teilen des Reiches vernommen worden, und die Kosten des Verfahrens hatten schon vor dem endgültigen Spruch des Reichsgerichtes eine fünfstellige Zahl erheblich überschritten. Durch die Amnestie ist nun die Frage nicht gelöst, wer die Kosten des Riefenprozesses zu bezahlen hat, da bisher alle Auslagen dem Nebenkläger Dr. Straßmann ermahnen waren. Rechtsanwalt Dr. Kunz als Vertreter des Ministers hat nun dagegen Einspruch erhoben, daß Rechtsanwalt Müller amnestiert werde mit der Begründung, daß dieser Prozeß mit Politik nichts zu tun gehabt habe, sondern daß die Basis des Verfahrens die ehrenrührige Behauptung Dr. Müllers war, Minister Straßmann habe Landesverrat betrieben. Das Reichsgericht soll in diesem Falle entscheiden, wer für die erheblichen Kosten, bzw. für die Erstattung der Auslagen an Dr. Straßmann haftbar ist, nämlich das Reich oder der in drei Instanzen verteilte Rechtsanwalt.

Im Fall Babick-Trestow liegen die Dinge so, daß auch hier die Frage vollkommen offen ist, wer Herrn v. Trestow nun seine Aufwendungen für die Durchführung der Prozesse zu vergüten hat. Wie wir erfahren, ist hier beabsichtigt, einen Schadenerschöpfungsprozeß gegen das Reich auf Wiedererstattung der Unkosten durchzuführen.

Im Falle der Riefenuntersuchung gegen die Tschermozen-fälscher Sabathleraschwill und Genossen liegen die Dinge so, daß die Kosten des Verfahrens zunächst dem Reich in erheblicher Höhe zur Last fallen, da der Untersuchungsrichter fast ein Jahr lang ausgebreitete Reisen in In- und Auslands machen mußte und da auch hier ein riesiger Apparat aufgebaut worden war, um Personen zu vernehmen, die nicht in Berlin oder München wohnten. Staatsanwalt Wasmund steht jedoch auf dem Standpunkt, daß die Amnestierung des Georgiers Sabathleraschwill und seiner Helfer nicht unter das Amnestiegesetz fallen könne, und das Kammergericht wird sich nach vor den Berichtserien mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Im Falle des Oberleutnants Schulz wird dagegen das Reich die Kosten aller bisher durchgeführten Verfahren tragen. Wie wir zuverlässig hören, schweben augenblicklich noch die letzten Beratungen über die Begrenzung des Strafmaßes. Die an sich auf Lebenszeit festgesetzte Strafe gegen Schulz soll in eine Gefängnisstrafe von 7½ Jahren umgewandelt werden. Dagegen hat Schulz, der gegenwärtig in der Strafanstalt Offen untergebracht ist, durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sad, Einspruch erhoben und verlangt, daß auf diese Strafe seine mehrere Jahre betragende Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht werde. Die endgültige Entscheidung hierüber wird vom Justizministerium in den nächsten Wochen gefällt werden.

Trotz soll schwer in seinem juristischen Verhandlungsart erkrankt sein. Seine Tochter, die ihm nach Sibirien gefolgt war, soll an Schwindel gestorben sein.

Feste gegen die Sozialdemokratie! Die Berliner Papageien Bucharins melden sich.

Das Zentralkomitee der KPD. veröffentlicht, einem Befehl und einem Konzept aus Moskau folgend, einen Aufruf gegen die deutsche Sozialdemokratie, der als Aufruf gegen den Krieg maskiert ist. Dieser Aufruf ist getragen von dem Bemühen, die Erinnerung an den Bruderkrieg in der Sozialdemokratie zu erwecken die Spaltung von damals wieder lebendig werden zu lassen. Es ist das echte Produkt von kaltsblütigen Spaltem der Arbeiterbewegung.

In diesem Aufruf heißt es:

„Der Eintritt der deutschen Sozialdemokratie in die neue Regierung der Großen Koalition, diese Regierung des Trustkapitals, beweist aufs neue, daß auch die deutschen sozialdemokratischen Führer die neue imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie, diese bewußte Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungspolitik des deutschen Kapitals, unterstützen und fördern. Deshalb offene und geheime Aufrüstung in Deutschland, die Steigerung der Ausgaben in Reichswehr und Marine, die Rohmann-Randover usw.! Deshalb die Kriegsvorbereitungen in der deutschen, besonders der chemischen Industrie!“

Die Koalitionspolitik mit Stresemann und Groener, Götterd, Koch und Schädel, diesen Vertretern des Trustkapitals unter dem Protektorat von Hindenburg, führt zu neuen Kriegskonflikten. Die Abrüstungsphrasen Stresemanns und Hermann Müllers dienen nur dazu, eine Aufrüstung Deutschlands zu ermöglichen. Immer mehr gliedert sich auch die deutsche kapitalistische Klasse mit ihren sozialdemokratischen Helfern und Ministern ein in die Front der Weltmächte gegen das einzige Land der Welt, das ehrlich für den Frieden kämpft und in ernstlichen Anstrengungen eine sozialistische Gesellschaft aufbaut — Sowjetrußland.“

Wir könnten reden von der seltsamen Logik der Katastrophentheorie, die einerseits auf den Krieg hoffen, weil sie von seinem Ausbruch die Weltrevolution erwarten, andererseits aber einen Aufruf für den Frieden gegen den Krieg fabrizieren. Wir beschränken uns jedoch darauf, auf die dreifache Verlogenheit dieser Aufrufe gegen die Sozialdemokratie hinzuweisen.

1. Bewußte Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungspolitik: die deutsche Sozialdemokratie hat niemals Sowjetrußland bestellt — aber die sowjetrußische Regierung hat Granaten und Munition an die deutsche Reichswehr geliefert, und die Kommunisten haben an der Verheimlichung mitgeholfen.

2. Offene und geheime Aufrüstung: Deutschland ist abgerüstet bis auf ein Minimum, Sowjetrußland aber besitzt eine Millionenarmee.

3. Giftgas: die KPD-Zentrale wird doch die Affäre der Giftgasfabrik von Troz nicht vergessen haben!

4. Eingliederung Deutschlands in eine Front gegen Sowjetrußland: die russische Regierung steht in freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Die von ihr ausgehaltene deutsche kommunistische Partei dichtet der deutschen Regierung feindselige Absichten gegen Sowjetrußland an. Wer lügt?

Zum Fall Lambach.

Braunschweiger Deutschnationale fordern Bruch mit der Partei.

Braunschweig, 30. Juli. (Eigenbericht.)

Der Angestelltenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei Braunschweig forderte am Montag an den Abgeordneten Lambach folgendes Telegramm:

„Nehmen Sie die Berufung gegen den Ausschluß umgehend zurück, da vom Parteigericht doch nur weitere Maßnahmen im Geiste Huganbergs zu erwarten sind, die wir Ihnen unter keinen Umständen zumuten wollen.“

Gez. Stein.“

In Braunschweig wird der monarchistische Flügel der Deutschnationalen besonders durch den Landesvorsitzenden, Landtagsabgeordneten Baumann vertreten, der vor einiger Zeit in der von ihm geleiteten Vereinigung „Karl Helfferich“ über die Kaiserrolle, die schreckliche Zeit Kammererufe ausstieß. Die Krise der Deutschnationalen setzt also auch in Braunschweig mit großer Schärfe ein.

Anschlag auf ein Flugzeug.

Zündstoff an einem italienischen Aeroplan angebracht.

Paris, 30. Juli.

Als ein italienisches Savoia-Flugzeug von der Flugausstellung nach Italien zurückfliegen sollte und vorher überholt wurde, entdeckte der Mechaniker unter dem Pilotensitz ein zylinderförmiges Gefäß, aus dem eine angebrachte Zündschnur herausging. Das Gefäß soll Schmelzpulver enthalten. Im Vorderteil des Flugzeugs entdeckte man einen Behälter mit 5 Litern Benzin, anscheinend bestimmt, nach Explosion der Höllenmaschine das Verbrennen des Flugzeugs zu erleichtern. Man nimmt an, daß der Anschlag von italienischen Anarchisten ausgeht.

Bela Khan ist bereits auf der Seereise Spinemünde—Veningrad im Sowjetdampfer „Herzen“. Der Weg ging von Wien über Tschekowomatei—Oberberg—Berlin—Stettin.

Zurückgekehrt ist der langjährige rumänische Außenminister Titulescu. Nach dreimonatigem Erholungsurlaub wird er wieder rumänischer Gesandter in London sein.

Erstleihen! Nach einer polnischen Meldung hat der litauische Kriegsminister gegen Heeresangehörige, die nach Polen desertierten, Ergreifung und Erschießung beschlossen!

Genosse Arthur Saturnus scheidet heute aus der Redaktion des „Vorwärts“ aus, um einem Rufe der Frankfurter Genossen an die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. zu folgen. Genosse Saturnus hat seit 1919 die Wirtschaftsredaktion des „Vorwärts“ geleitet, mit einer einjährigen Unterbrechung im Jahre 1920, während der er im Reichswirtschaftsministerium tätig war. Ende 1926 trat er in die politische Redaktion des „Vorwärts“ ein. Der Ausbau eines selbständigen Wirtschaftsteils des „Vorwärts“ in der Form, die er heute besitzt, ist das Verdienst des Genossen Saturnus. Die kritische Durchleuchtung der prinzipiellen Vorgänge, die er im „Vorwärts“ gepflegt hat, hilft neue Grundlagen für aktive sozialpolitische Wirtschaftspolitik schaffen. Die Redaktion des „Vorwärts“, die den zeitlichen Wirtschaftskennner und temperamentvollen Journalisten ungenügend schätzen sieht, begleitet ihn mit den besten Wünschen für seinen neuen Wirkungskreis.

„Wer Knecht ist...“



„Und merken Sie sich: Ein Handlungsgehilfe bleibt in der DDP. eben Gehilfe. Prinzipal bin ich!“

Weg der Wirtschaftsdemokratie.

Referat des Genossen Naphthali auf dem Bundesauschuß des ADB.

Der Bundesauschuß des ADB. ist gestern zusammengetreten, um über die dem Hamburger Gewerkschaftskongreß vorgelegten Entschlüsse und Anträge zu beraten. Da der Punkt „Bewirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ der wichtigste Beratungsgegenstand des Kongresses sein wird, wurde diese Frage auch vom Ausschuß vordringlich behandelt. Genosse Naphthali von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik berichtete über die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Punktes.

Er leitete einleitend, daß die Diskussion über das Problem der Wirtschaftsdemokratie, das auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß angeschnitten worden war, nicht mehr verstaubt ist. Es zeigte sich bald, daß von dem Breslauer Gewerkschaftskongreß zwar eine Fülle von Anregungen ausgegangen ist, daß aber über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie, über die Stellung, die ihr innerhalb der Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung zukommt, im besonderen auch über ihr Verhältnis zum Sozialismus, noch große Unklarheit herrsche. Aus dieser Erkenntnis ist der Wunsch entstanden, auf dem Hamburger Kongreß an der Klärung der Aufstellungen über diese Fragen weiterzuarbeiten. Zur Vorbereitung wurde eine Gemeinschaftsarbeit über die Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, ihren Weg und ihr Ziel fertiggestellt, in der sowohl theoretisch die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die Ideenwelt der Arbeiterschaft als auch die praktischen Anknüpfungspunkte der Demokratisierung der Wirtschaft dargestellt werden.

Das wesentliche Ergebnis der theoretischen Klärung geht dahin, daß die Aufstellung der Forderung der Wirtschaftsdemokratie durch die deutschen Gewerkschaften für sie weder einen Verzicht auf das sozialistische Ziel noch einen Ersatz für den Sozialismus bedeutet, sondern eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Bewirklichung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt praktisch zum Ausdruck in einer ständig verstärkten

Durchführung eines Gemeininteresses gegenüber dem Privatinteresse.

in der Einschränkung der Alleinherrschaft der Unternehmer durch die Verfügung über die Produktionsmittel und schließlich in der Tendenz zur Schaffung einer neuen Verteilungsordnung, die vor allen Dingen im Ausbau der Sozialversicherung ihren Ausdruck findet. Wenn wir die Entwicklung der modernen Wirtschaft und des Rechtes überschauen, wenn wir die Wandlung des Arbeitsrechts, die Wandlung der Wirtschaft von der

freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus, das ständige Wachstum der öffentlichen Betriebe und das Vordringen der Eigenwirtschaft der Arbeiterbewegung, das in den Konsumgenossenschaften und in den eigenen gewerkschaftlichen Betrieben seinen Ausdruck findet, überblicken, so können wir, ohne uns irgendwelchen Illusionen über das Erreichte hinzugeben, doch sagen,

daß zum großen Teil in Verbindung mit der Machtbildung der Arbeiterbewegung sich die Tendenzen einer Demokratisierung der Wirtschaft deutlich abzeichnen.

Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, ihrem sozialistischen Ziel getreu die Entwicklung über all dort vorwärts zu treiben, wo wir die Anknüpfung zur Demokratisierung, die Anknüpfung zum Wachstum einer neuen Wirtschaft erkennen können. So entspricht es der gegenwärtigen Entwicklungstendenz, daß wir versuchen, den Weg zum Sozialismus im einzelnen klarer zu erkennen als einen Weg der Demokratisierung der Wirtschaft.

Weslarp bemerkt zu dem Referat Naphthalis, wichtig sei, daß die Untersuchungen über die Frage das Ergebnis gebracht habe, daß Demokratisierung der Wirtschaft kein Schlagwort sei, welches lediglich Hoffnungen erwecke, sondern eine konkrete Gegenwartsaufgabe. In dem dem Ausschuß vorliegenden Entwurf zu einer Entschlüsseung sei an Stelle des Wortes „Wirtschaftsdemokratie“ der Ausdruck „Demokratisierung der Wirtschaft“ getreten. Darin komme zum Ausdruck, daß nicht ein Vorbestand, sondern ein Wachstumsprozeß den Inhalt des Problems darstelle.

In der Diskussion wurde anerkannt, daß die vorbereitenden Arbeiten über die Frage der Wirtschaftsdemokratie einen erfreulichen Fortschritt in der Klärung dieses Begriffes geschaffen haben. Auch der Gedankengang des Entschlussesentwurfs wurde gebilligt; im einzelnen wurden von den Diskussionsrednern Änderungen des Wortlautes vorgeschlagen. Was man heute sehen könne an Tendenzen der Entwicklung der ökonomischen Ordnung, die in der Linie zur Demokratisierung der Wirtschaft verlaufen, sei in den getroffenen Vorarbeiten aufgezeigt worden. Es war besonders notwendig, herauszuarbeiten, daß die gesamte Leistung der Gewerkschaften auf allen Einzelgebieten ihres Wirkungskreises Anknüpfungspunkte zur Demokratisierung der Wirtschaft geschaffen habe und fernerhin hervorbringe.

Die endgültige Redaktion des im allgemeinen gebilligten Entwurfs der Entschlüsse wurde dem Bundesvorstand überlassen.

Russen in Stockholm verhaftet.

Wegen kommunistischer Propaganda.

Stockholm, 30. Juli.

Auf ein Anfrage teilte der Polizeipräsident Kleeblad mit, er habe vor einigen Tagen den russischen Pressevertreter Dr. Alexandrow, Leiter des sowjetrussischen Telegraphenbureaus in Warschau, und den russischen Handelsattaché Mischelew unter dem Verdacht der kommunistischen Propaganda verhaften lassen. Namentlich die Tätigkeit Mischelews habe die Aufmerksamkeit der Polizei erregt. Durch die Untersuchung soll nun festgestellt werden, in welchem Maße Dr. Alexandrow daran beteiligt ist.

Russische Kommunistin in Reval verhaftet.

Reval, 29. Juli.

Die Revaler Polizei verhaftete die russische Kommunistin Elisabeth Birkenberg, die in eine Spionageaffäre verwickelt gewesen sein soll, wegen der ihre Verwandten Leo Zeirus und Sarah Zeirus noch im Jahre 1921 zum Tode verurteilt wurden. Damals war sie nach Rußland entflohen.

Sabotage der höchsten Sowjetinstitution

Das nennt sich Selbstkritik.

Die höchsten Sowjetorganisationen werfen einander Sabotage vor. Die Kontrollkommission der Arbeiter und Bauern wirft dem Obersten Wirtschaftsrat vor, daß er monoton die erforderlichen Unterlagen zurückhält; der Oberste Wirtschaftsrat klagt wieder bitter über die Kontrollkommission, daß sie ihn unendlich lang auf Bescheid warten lasse. Die „Pravda“ vom 28. Juli gibt eine ganze Reihe von Sabotagefällen der obersten Sowjetinstitutionen auf; sie nennt sie die Schwäger. Der Oberste Wirtschaftsrat bleibt dreizehn

halb Monate lang eine Antwort schuldig auf einen Brief. Das Volkswirtschaftsministerium schweigt vier Monate lang, der Volksrat von Veningrad und das Bezirkskomitee der Gewerkschaften lassen zwei Monate lang nichts von sich hören. Das Volkswirtschaftsministerium für Landwirtschaft findet nach anderthalb Monaten noch keine Antwort auf eine Notiz; die Veningrader Bezirkskontrollkommission und der Tabaktrust reagieren zwei Monate lang nicht, die Bezirkskontrollkommission von Krol und der Aktiengesellschafts-Transport zwei einhalb Monate, die Kontrollkommission des fernen Ostens drei Monate usw., usw.

Wie wird es nun mit der Kritik unter solchen Umständen, fragt die „Pravda“!

Rumänische Stabilisierung.

Das Anleihe- und Schuldengesetz angenommen.

Kammer und Senat in Bukarest haben die beiden Gesetzentwürfe angenommen, durch die die Stabilisierung der rumänischen Währung durch die Aufnahme einer ausländischen Großanleihe vorbereitet wird. Außerdem wurden die Abkommen mit Frankreich über die Zahlung der rumänischen Kriegsschulden und die Entschädigung der französischen Eigentümer von rumänischen Staatsanleihen genehmigt, über die wir kürzlich ausführlich berichtet haben. Ministerpräsident Bratianu sandt für Deutschland, das bekanntlich große industrielle und ebenfalls Vorkriegsanleiheforderungen hat, einige freundliche unverbindliche Worte über den Wunsch nach seiner Zusammenarbeit mit Deutschland, erklärte aber eine deutsche Beteiligung an einer rumänischen Währungsstabilisierung für überflüssig und verwarf die deutsche Forderung für die Lösung der Streitfrage auf später. Das war nach der Stärkung der rumänischen Regierung durch den französisch-englisch-amerikanischen Anleihevertrag nicht anders zu erwarten. Die „liberale“ Regierung Rumäniens sieht natürlich noch ihren Erfolgen im Ausland und im rumänischen Parlament fest im Sattel.

Vorarbeiten zum Gewerkschaftskongress.

Sitzung des Bundesausschusses des ADGB.

Der Bundesausschuss des ADGB. begann in seiner 14. Sitzung am 30. Juli seine Arbeiten mit der Beratung einer Entschließung über die Anerkennung der Berufskrankheiten als Entschädigungspflicht im Sinne der Unfallversicherung. Die Entschließung, die nach kurzer Debatte einstimmig angenommen wurde, lautet:

Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsrisiko in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur 11 durch die Verordnung des RWR. vom 12. Mai 1925 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nach eingehender Bernehmung von Gutachtern 10 weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Värmbetrieben, Erkrankungen durch Pfeilwerkzeuge und Staublungenerkrankungen in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie und in Thomasfahnenbetrieben) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt.

Der Bundesausschuss des ADGB. erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung der Berufskrankheiten vom 12. Mai 1925 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesausschuss die

Anerkennung aller Krankheiten, die überwiegend durch Berufsarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.

Ferner erwartet der Bundesausschuss, daß auch die Durchführung der Verordnung den berechtigten Interessen der Beschäftigten Rechnung trägt, wie es in einer Eingabe des Bundesvorstandes am 23. Oktober 1927 den zuständigen Regierungsstellen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Begünstigung der Berufskrankheiten vor den Versicherungsämtern durch Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften und wirtschaftlich vom Unternehmer abhängige Fabrikärzte hat nachweislich Mängel gezeigt. Es sollen daher bei der zur Durchführung der Verordnung nötigen Begünstigung in erster Linie beamtete Ärzte, die die nötigen Fachkenntnisse besitzen, herangezogen werden. Diese erscheinen durch ihre amtliche Stellung, die für ihre Objektivität und Freiheit von wirtschaftlichen Interessen bürgen muß, geeignet, das verschwundene Vertrauen der Arbeiterschaft zu der genannten Verordnung wieder herzustellen.

An Anknüpfung an die eingehende Beratung der Frage der Wirtschaftsdemokratie, worüber wir an anderer Stelle unseres Blattes berichten, wurde die Entschließung zur Frage der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den

Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung beraten. Hermann Müller erläuterte den vorliegenden Entwurf zu dieser Entschließung. Die Selbstverwaltung bestehe nur in der Krankenversicherung, aber nicht in der Unfallversicherung. In der Reichsverfassung wird dagegen eine maßgebende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung aller Zweige der sozialen Versicherung in Aussicht gestellt. Dieses Verfassungsversprechen muß verwirklicht werden. Auch unsere Forderungen zur

Reform der Arbeitsaufsicht

müssen durch den Kongress stärker in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden. Bei der Befragung der Posten in den Selbstverwaltungskörpern müsse das jetzt zur Bestellung der Arbeitsrichter eingeführte Verfahren Anwendung finden, nach dem die Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer in den Selbstverwaltungskörpern auf Vorschlag der beiderseitigen wirtschaftlichen Vereinigungen zu bestellen sind. Nach dieser Entschließungsentwurf fand die Zustimmung des Ausschusses.

Zur Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses lag weiter vor der Entwurf für eine Entschließung über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Otto Heßler bemerkt hierzuerläuternd, daß auf die Aufstellung konkreter Forderungen für das Volksschulwesen und das Berufsschulwesen nicht verzichtet werden könne. Die Gewerkschaftsbewegung müsse dem Volks- und Berufsschulwesen, seiner grundlegenden Bedeutung für die Arbeiterbildung entsprechend, ein tätiges Interesse entgegenbringen. Die Forderungen zu diesen Zweigen des nationalen Schulwesens, die Heßler im einzelnen kurz begründete, bilden den ersten Teil der Entschließung, deren zweiter Teil sich auf

das gewerkschaftliche Bildungsweien

bezieht. Die Entschließung wird ihre Ergänzung finden durch ausführlichere Leitsätze zu den Bildungsaufgaben der Gewerkschaften, denen der Bundesausschuss seine Zustimmung erteilt.

Ferner lagen dem Bundesausschuss Entwürfe zu Entschließungen vor, die von der Arbeitsmarktpolitik handeln und Forderungen zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht sowie zum Jugendschutz erheben. Die Entwürfe wurden vom Bundesausschuss im allgemeinen gebilligt und in Einzelheiten abgeändert oder ergänzt. Zur Frage der Arbeitsmarktpolitik wird in der Diskussion mit großem Nachdruck die Forderung erhoben, daß die Beschäftigung zum Bezug der Krisenunterstützung ausgedehnt werde auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Entwürfe war damit erledigt. Vom Bundesausschuss wurden sodann noch einige weitere Anträge, die den Gewerkschaftskongress beschäftigen werden, vorbereitet.

Der westfälische Textilschiedspruch.

Von den Arbeitern abgelehnt.

Die Arbeiter haben den am 24. Juli von einem Sonderlichter gefällten Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie abgelehnt. Da die Unternehmer keine Verbindlichkeitserklärung beantragt haben, liegt die Entscheidung in der Hand des Reichsarbeitsministers.

Man schreibt uns: Der Arbeitszeitentscheidungspruch für die westfälische Textilindustrie vom 28. Juni, war bekanntlich von den Arbeitern abgelehnt worden, während er den Unternehmern so sehr zusagte, daß sie beantragten, ihn für verbindlich zu erklären. Die Verbindlichkeitsklärung konnte, jedoch nicht erfolgen, und zwar infolge eines Formfehlers. Auffällig war die von Dr. Sijster gezeichnete Begründung für die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung, weil darin ausdrücklich betont wurde, daß der von der Arbeiterschaft abgelehnte Arbeitszeitentscheidungspruch der Billigkeit entspreche und den Interessen beider Teile gerecht werde. Damit war der Schlichter in dem neuen Verfahren an den ersten Schiedspruch gebunden und ihm die Möglichkeit genommen, einen Schiedspruch zu fällen, der den Interessen der Textilarbeiter Befriedigung besser gerecht wurde als der erste, den Unternehmern zuzugute Schiedspruch. Der zweite Schiedspruch blieb in der Sache unverändert und verlängert die bisherige Arbeitszeit bis zum 31. Dezember 1929.

In Punkt 5 seines Schiedspruches sagt der Schlichter: „Weitere Ueberstunden sind nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig.“

Es handelt sich hier um Mehrarbeit, die über die drei vom Unternehmer nach seinem Ermessen angeordneten Ueberstunden gefordert werden soll. Im Punkt 6 wird aber diese Zustimmung der Betriebsräte zu der Uebermehrarbeit sofort wieder dadurch illusorisch gemacht, indem für den Fall, daß der Betriebsrat seine Zustimmung verweigert, das zentrale Schiedsgericht innerhalb drei Tagen zu entscheiden hat und für den Fall, daß das zentrale Schiedsgericht aus dem Manteltarifvertrag in Fortfall kommen sollte, der zuständige Schlichtungsausschuss zu entscheiden hat. Richtig bedeutet der Punkt 5 des Schiedspruches, der die Zustimmung der Betriebsräte festlegt, nichts weiter als eine Geste. Denn darüber, daß die vom Betriebsrat verweigerte Zustimmung in jedem Falle vom zentralen Schiedsgericht, respektive vom zuständigen Schlichtungsausschuss erteilt wird, besteht wohl kein Zweifel.

Punkt 14 des Schiedspruches greift sogar in die durch Gesetz geregelte Kurzarbeit ein. Damit vermischt der Schiedspruch die Grenzen der einzelnen Gesetzesbestimmungen, macht die Kurzarbeit zum Gegenstand einer kollektiven Vereinbarung und öffnet der Willkür der Unternehmer Tür und Tor. Denn gerade in Westfalen mußte die Arbeiterschaft in der Frage der Kurzarbeit gegen die dortigen Unternehmer Prozesse führen, um sich die fargen Rechte, die sie darin befaß, nicht rauben zu lassen. Diese Prozesse wurden zugunsten der Arbeiterschaft entschieden. Die Unternehmer, denen das nicht paßte, stellten sich um, verlangten vom

Reichsarbeitsministerium eine Schutzbestimmung nach dieser Richtung hin und der Schlichter hat auch diesem Wunsche der Unternehmer entsprochen.

Rücksichtslosigkeit gegen die sächsische Textilarbeiterchaft. Entgegenkommen für die sächsische Textilunternehmer, das ist die Seele, die dem Schiedspruch vom Sonderlichter eingehaucht wurde. Selbst wichtige juristische Bedenken der Arbeitnehmer in der Frage der Kurzarbeit, die durch Gesetz geregelt und nicht Gegenstand eines Arbeitszeitabkommens werden kann, hat der Schlichter nicht berücksichtigt.

Es wird sich jetzt zeigen, ob es das Reichsarbeitsministerium fertig bringt, diesen zweiten Schiedspruch, dessen Verbindlichkeit die Unternehmer wiederum beantragt haben, für verbindlich zu erklären.

Die Textilarbeiter feiern Crimmitschau!

Am 21. August 1908 führte das Crimmitschauer Textilunternehmertum durch die Aussperrung von 8000 Textilarbeitern und -arbeiterinnen den großen Schlag gegen die Organisation. Der Deutsche Textilarbeiterverband ging aus diesem Kampfe gestärkt hervor und hat seitdem eine gute Entwicklung zu verzeichnen.

Zur Erinnerung an den hartnäckigen Kampf in Crimmitschau hat nun der Vorstand des Verbandes zu Kundgebungen aufgerufen und zwar in Leipzig am 19. August und in Crimmitschau am 23. September. Zu beiden Feiern ist ein künstlerisches Programm vorgesehen, das an sich schon den Unterschied zeigt zwischen dem damaligen und dem jetzigen Stand der Textilarbeiterbewegung.

Waffenstillstand im Saarbergbau.

Einmalige Beihilfen, aber keine Lohnerhöhung.

Saarbrücken, 30. Juli. (Eigenbericht.)

Die Gefahr eines Bergarbeiterstreiks im Saargebiet ist vorläufig behoben, nachdem die Regierungskommission und die französische Bergwerksdirektion den Bergarbeitern gewisse Zugeständnisse gemacht haben.

Der französische Staat hat an den Saargruben in rund 7 Jahren drei Billionen Milliarden Franken verdient. Trotzdem erklärt er sich außerstande, auch nur 5 Millionen für eine dringende notwendige Lohnaufbesserung der Saarbergarbeiter aufzubringen. Der französische Staat war bereit, es wegen dieser 5 Millionen Franken zum Bergarbeiterstreik kommen zu lassen und einen Kohlenausfall zu wagen, der schon nach zwei bis drei Tagen diese Summe übersteigen würde und der zugleich den Staatshaushalt des Saargebietes um außerordentlich hohe Beträge gebracht hätte. Wollte die Regierungskommission des Saargebietes nicht ihr ganzes Budget gefährden, so mußte sie wohl oder übel in irgendeiner Form die Lohnerhöhung tragen, obwohl an sich der französische Staat als der Unternehmer und Profitträger des Saarbergbaues dazu verpflichtet gewesen wäre. So kam es, daß die Profit- und Raubbaupolitik der französischen Bergwerksdirektion die Regierungskommission

zwang, als einmalige Beihilfe für den Kohlenausfall durch Feuerschichten den Bergarbeitern des Saargebietes eine Zuwendung von 100 Franken zu machen. Eine ebenfalls Zuerkennung wird die französische Bergwerksdirektion zu Weichnachten geben. Daneben hat sich die französische Bergwerksdirektion lediglich dazu verstanden, solche Änderungen des alten Tarifvertrages zuzugestehen, die keine wesentlichen Lohnerhöhungen mit sich bringen würden.

„Appell an die Gemeinde- und Staatsarbeiter!“

Mit dem Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom 6. bis 8. August in Köln a. Rh. beschäftigt sich die „Rote Fahne“ am 24. Juli unter der Ueberschrift „Alle Macht dem Verbandsvorstand.“ „Ein Appell an die Gemeinde- und Staatsarbeiter!“

Das Kampfgeheiß der „Opposition“ ist in Woll gehallen. Wenn wir es trotzdem für notwendig erachten, mit einigen Zeilen darauf einzugehen, dann aus ganz bestimmten Gründen. Der Artikel kritisiert, daß die Vorschläge zum Verbandstag die Macht des Vorstandes zu stärken geeignet seien. Ein Zustand, den eigentlich die „Opposition“ berühren sollte, denn sie fordert doch stets vom ADGB. und von den Zentralvorständen eine erhöhte Tätigkeit. Die Verbandsvorstände und der Vorstand des ADGB. sind nach ihrer Darstellung die Götter, die die Macht haben, alle Geschicken der leidenden Menschheit im Sinne kommunistischer Weltverbesserung zu helfen. Wenn sie es nicht tun, so sei es nur schlechter Wille.

Die „Opposition“ müßte eigentlich alle Mittel ergreifen, um die Macht des ADGB. und der Zentralverbände zu stärken. Im Gegenteil! Hier klafft ein erheblicher Widerspruch! Mit einem tüchtigen Solto mortale setzt sich die „Opposition“ über ihre sonstigen Gepflogenheiten hinweg und jammert über den „Machthunger der Verbandsbureaucratie“. Dabei soll im vorliegenden Falle das bisherige Verbandsstatut ausreichend erhalten werden, während die „Opposition“ den Wunsch hat, die Machtbefugnisse der einzelnen Filialen in einem Maße zu erhöhen, die einer Aufhebung des Prinzips der Zentralorganisation gleichkommt.

Anträge der „Opposition“, die die „Weltrevolution“ oder ähnliches bis zu einem bestimmten Termin von der Verbandsleitung durchgeführt wissen wollen, werden natürlich niemals die Zustimmung vernünftiger Kollegen finden. Anträge, die ohne Rücksicht auf bestehende Tarifverträge die Durchführung der 45-Stunden-Woche fordern, müßte die Generalversammlung der Filiale Berlin ablehnen. Zugestimmt hat die Generalversammlung dagegen dem Vorschlage des Verbandsvorstandes, im Programm die 46stündige Arbeitszeit zu fordern. Die „Opposition“ war so beschiden, sich mit 45 Stunden zu begnügen. Ob die eine Stunde weitergehende Forderung den Inbegriff der Weltrevolution in sich birgt, lassen wir dahingestellt. Wir könnten an Duzenden von Fällen nachweisen, daß gerade dort, wo der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften stark ist, die Arbeitszeit über 48 Stunden hinausgeht, und daß, in bezug auf Leistung von Ueberstunden, die Weltrevolutionäre gern bereit sind, den Kapitalisten entgegenzukommen.

Wider besseres Wissen behauptet der Artikelschreiber, daß die Einstellung von Beamten und Hilfskräften des Verbandes in Zukunft nicht mehr von den Mitgliedern, sondern vom Verbandsvorstand vorgenommen werden solle. Diese Behauptung ist aufgelegter Schwindel, da in Zukunft wie bisher die Filialangestellten von den Filialen gewählt werden. Daß die Kommunisten sich ihren „Kampf“ gegen Erhöhung der Beiträge als ein besonderes Ruhmesblatt zulegen, ist besonders geeignet, diese Klassenkämpfer im rechten Licht erscheinen zu lassen.

Unwahr ist ferner die Behauptung, daß die Generalversammlung der Filiale Berlin für eine Mehrheit der Angeordneten im Verbandsbeirat eingetreten sei. Die „Opposition“ hat gern den Antrag Berlin unterstützt, der eine Zusammenlegung des Verbandsbeirates fordert, in der eine Mehrheit der unbefeholten Mitglieder vorhanden ist.

Alles in allem stellen wir noch einmal fest, daß die „Opposition“ über Wortradikalismus nicht hinauskommt. Ihr großer Schmerz ist, daß sie im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine hoffnungslose Minderheit bildet. Die Arbeit der „Reformisten und Bureaucraten“ im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wird von der übergroßen Mehrheit der Mitglieder als richtig erkannt und als zweckmäßig gebilligt. Karl Polenske.

Vor der Aussperrung in England.

Letzter Verständigungsversuch.

London, 30. Juli.

Wie aus Manchester gemeldet wird, sind auf Grund des Stilllegungsbeschlusses der Vereinigung der Baumwollspinnereibesitzer bereits einige Kündigungen vorgenommen worden. Die Stilllegung wird im Laufe dieser bzw. zu Beginn der nächsten Woche erfolgen. Der Verband der Baumwollspinner wird, so erwartet man, einen Schritt in der Richtung einer Verständigung unternehmen, noch bevor die Stilllegung in Kraft treten wird. Der Hauptauswahlsausschuss des Verbandes wird in Manchester am kommenden Mittwoch zusammen treten.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Dienstag, 19.30 Uhr, tagen die Gruppen: Frankfurter Allee: Gruppenheim, Städtisches Jugendheim, Pflaumer Str. 18, Zimmer 2. Heringstr.: Ein Ausflug ins Hellwig. — Neu-Weidenberg: Jugendheim, Hainstr. (Sportplatz) an der Hainstr., Dichtmeyerstr. — Borsberg: Hainstr. (Sportplatz), Jugendheim, Dichtmeyerstr. 5: Spiel und Tanzabend. — Kerpens: Gruppenheim, Jugendheim, Schulstr. 14. Heringstr.: Heringstr. (Sportplatz), Jugendheim des Verkehrsverbandes, Engelstr. 12/13, Aufgang N. Nr. 1. Spiel und Sport auf dem Sportplatz Am Urban. — Humboldt: Gruppenheim, Jugendheim, Grenzstr. 14. Heringstr. Märkische Stern (Schiedsplatz). — Kreis Obersteine: Sport und Spiel auf dem Sportplatz der Weillarbeiter in Baumfuhlenweg an der Obersteine. — Spandau: Sport und Spiel auf dem Sportplatz Spandau Wilhelmstr. — Neuchestrel: Abend im Volkshaus Köpenick. — Gellendbrunn: Spiel auf dem Sportplatz im Humboldthain. — Südkreuz: Volkstanz und Sportliche Spiele auf dem Sportplatz Am Urban.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Alle Sporthelfer spielen heute, Dienstag, gemeinsam auf der Wiese 7 im Treptower Park. — Der Jugendbezirk Wedding-Gellendbrunn spielt auf dem Sportplatz im Humboldthain.

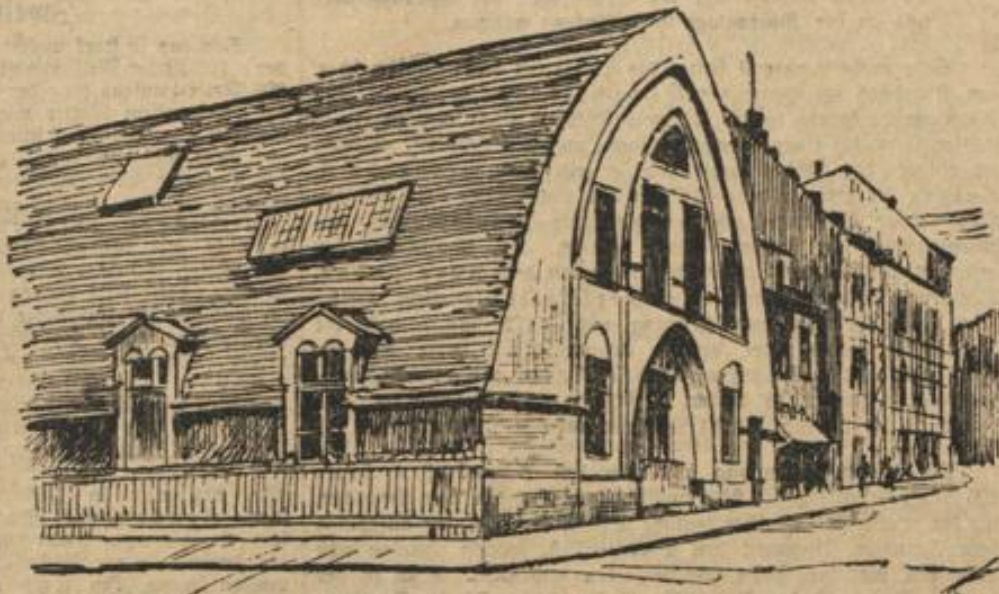
Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: H. Glöckner; Frauenarbeit: R. S. Fischer; Soziale und Schriftliche: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 68. Vindensstraße 3. Hierzu 1 Beilage „Kulturhaltung und Wissen“.

Pfefferminz - Erfrischung durch Chlorodont

Der berühmte, soeben aus Asien zurückgekehrte Tibetforscher Dr. Wilhelm Fildner schreibt uns wie folgt: Von Srinagar aus, dem Endpunkt meiner 2 1/2 Jahre währenden innerasiatischen Expedition, darf ich Ihnen mitteilen, daß ich Ihnen hergestellten Chlorodont wiederum sehr günstige Erfahrungen machte. Meine Zähne sind gesund geblieben und haben immer noch blendend weiße Farbe. Die erfrischende Wirkung des Chlorodonts wurde von mir besonders in heißen Zonen angenehm empfunden. Ich werde das genannte Mittel auch weiterhin in Gebrauch behalten und empfehle es besonders Forschungsreisenden angelegentlich zum Gebrauch. Srinagar, den 16. April 1928. Dr. Wilhelm Fildner. — (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürste 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Wo einst der Krieger trat...

Das Haus mit den neunundneunzig Schloßköpfen hat nun auch den glauben müssen: Das erhabene Zeichen königlicher Huld und bürgerlichen Anstands, von dem wenigstens alle älteren Berliner schon in der Schule lernen mußten, hat auch der erdaufwühlenden Buddelarbeit auf dem Alexanderplatz weichen müssen. Wie lange noch, dann fällt auch der Engpaß der neuen Königstraße und mit ihm vielleicht der zweite Zeuge friederizianischer Zeit in der Nähe des Alexanderplatzes: Das alte Exerzierhaus an der Ecke der Alten Schützen- und der Reibelstraße. Merkwürdig genug sieht der Schuppen mit dem hohen, wie gotischen Dach aus. 1769 wurde er für die Regimenter von Kenen und Banderer hier von Friedrich II. erbaut, ein solides und prächtiges Stück Mauerarbeit — anders als so viele um die gleiche Zeit auf Befehl des Königs entstandene Repräsentationsbauten. Aber natürlich: Wie sich die ewig unerbauenen und unzufriedenen Bürger hinter den Stuckfassaden der ihnen aufgenötigten italienischen Paläste einrichteten, das konnte dem König egal sein — und das war ihm in der Tat so egal, daß bei den Grundrissen der auf königlichen Befehl errichteten Häuser oft genug die Treppe fehlte und der Zimmermann sie nachträglich herbeibringen mußte.



hundreds dieme das Exerzierhaus seinem ursprünglichen Zweck, allerdings unter den verschiedensten Regimentern. Dann wurde es degradiert; das neuerrichtete Alexanderregiment, aus verschiedenen alten Regimentern zusammengesetzt, bezog den neuen, jetzt längst verkommenen Exerziererschuppen vor dem Prenzlauer Tor, und das alte Exerzierhaus wurde zum Lagerhaus: Zuerst zum Wollschuppen einer noch jetzt im Nebenhande bestehenden Firma, dem bis um das zweite Drittel des vorigen Jahrhunderts war Berlin noch ein großer Wollmarkt, vielbesucht von „Wollhobenden“ und „Wollwollenden“, wie Glashrenner sie klassifizierte. Und trotzdem die Wollmärkte Berlins längst aufgehört haben, dient das alte Exerzierhaus noch immer dem gleichen Zweck, allerdings lagert jetzt nur noch importierte Wolle kolonialer Schafe drin. Ob sich die Schur der vaterländischen Schafe nicht mehr lohnt oder ob die zu ungebärdig geworden sind, kann der alte Bau auch nicht verurteilen. — — —

falls aus noch ungeklärter Ursache im Vorderhausdachstuhl entstanden. Beim Erscheinen der Wehren hatten die Flammen bereits auf den Seitenflügel übergegriffen. Durch starkes Wassergehen aus fünf Schlauchleitungen gelang es, den Brandherd bald zu lokalisieren. Der Feuer- und Wasserschaden sind sehr groß. Als Entstehungsursache wird Brandstiftung vermutet; die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Schweres Einsturzungsglück.

Vier Opfer beim Abbruch des Kolonialmuseums.

Beim Abbruch des früheren Kolonialmuseums in Alt-Moabit ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Einsturzungsglück. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und drei weitere zum Teil schwer verletzt.

In dem ziemlich baufälligen Kuppelhaus, das in nächster Nähe des Lehrter Bahnhofs liegt, waren mehrere Jahre lang ein Bahnkaffee und zwei kleinere Maschinenwerkstätten untergebracht. Vor einiger Zeit machten sich im Mauerwerk des alten, etwa fünfzehn bis achtzehn Meter hohen Gebäuderests starke Risse bemerkbar, so daß jederzeit mit einem Einsturz gerechnet werden mußte. Die Baupolizei schritt ein und den Mietern wurde kurzerhand gekündigt. Vor etwa sieben bis acht Wochen wurde mit den Abbrucharbeiten, die einer bekannten Abbruchfirma übertragen wurden, begonnen. Der Abbruch ist schon ziemlich weit fortgeschritten, zum Teil sind bereits die Mauern umgelegt, die in Partierhöhe liegen. Die abgeschlagenen Mauerblöcke werden mit Loren zu den auf der Straße haltenden Gespannen befördert.

Gegen 14,30 Uhr waren gerade zwei Loren mit Steinen gefüllt und sollten von vier Arbeitern abgehoben werden. Beim Passieren einer Holzbrücke, die über einen Kellerkloak hinwegführt, sprangen die Loren aus den Schienen. Im selben Augenblick ereignete sich auch schon das schwere Unglück. Die Holzbrücke brach tragend zusammen und rief die vier Arbeiter mit in die Tiefe. Den Verunglückten eilten sofort Arbeitstollegen zur Hilfe. Während es gelang drei von ihnen, den 27jährigen Arbeiter Gustav Coebert aus der Marzahnstraße, den 29jährigen Oskar Jählich aus der Reichenberger Straße 13 und den 23jährigen Fritz Vorberg aus der Kolmarer Straße 2, nach wenigen Minuten aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien, konnte der vierte Verunglückte, der 30jährige Arbeiter Otto Wendisch aus der Chausseestraße 49 erst nach längeren Bemühungen aus den Gesteinstrümmern hervorgezogen werden. Er wurde bewußtlos mit schweren äußeren sowie inneren Verletzungen mit den übrigen Verletzten in die Charité gebracht. Wendisch starb bereits auf dem Transport dorthin; Coebert liegt mit einer Beckenverletzung schwer darnieder. Die Verletzungen der beiden anderen Arbeiter sind nicht so gefährlicher Natur.

Die Unfallstelle wurde zunächst polizeilich gesperrt.

Autobus Friedrichsfelde—Marzahn.

Im Osten Berlins wird jetzt eine seit langer Zeit gewünschte wichtige Verkehrsverbesserung durchgeführt werden. Am 1. August nimmt die neue Autobuslinie 37 ihren Betrieb zunächst mit Einmannwagen auf der Strecke Friedrichsfelde—Marzahn auf. Die Wagen — luftbereite Niederomnibusse — fahren von Friedrichsfelde Schloßstraße durch die Frankfurter Chaussee nach dem Bahnhof Biesdorf und von dort durch die Bahnhofstraße, Marzahnener Straße und Geisenweide nach Marzahn Dorfstraße. Der Fahrplan ist folgender: Werktags ab Marzahn 5,30 bis 20,30 Uhr stündlich, ab Friedrichsfelde 6,00 bis 21,00 Uhr stündlich; Samstags ab Marzahn 7,30 bis 22,30 Uhr stündlich, ab Friedrichsfelde 8,00 bis 23,00 Uhr stündlich. Wie alle Autobuslinien mit Nummernbezeichnung ist auch Linie 37 in den Umsteigeverkehr mit Einheitsfahrtschein einbezogen. Die neue Autobuslinie ist von besonderer Bedeutung für die zahlreichen Siedlungen, die sich in den letzten

Zwei Großfeuer gestern nachmittag!

Dachstuhlbrand im Zentrum und im Norden.

Die Feuertwehr war gestern nachmittag zu gleicher Zeit in der Potsdamer Straße 35 und in der Exerzierstraße, im Norden Berlins, mit der Bekämpfung von zwei großen Dachstuhlbränden stundenlang beschäftigt.

Gegen 15 Uhr war in einer Bodenkammer des Vorderhäusdachstuhles Potsdamer Straße 35 Feuer ausgebrochen, das an Gerümpel reiche Rohrdung fand und beim Eintreffen der Wehren bereits den Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung erfaßt hatte. Der heftige Wind drückte mächtige Rauchwolken auf die Straße nieder und in wenigen Minuten war ein Teil der Potsdamer und Bülowstraße völlig verqualmt. Der gesamte Verkehr mußte in beiden Richtungen zunächst gesperrt werden, damit die Wehren ungehindert arbeiten konnten. Einige Zeit später wurde der Fahrdamm für Straßenbahnen und Autobusse freigegeben, der Auto- und Fußverkehr dagegen umgeleitet. Die Störung wirkte sich in der Hauptverkehrsstraße

ganz besonders aus; unabsehbare Wagenburgen hatten sich angeammelt.

Das Feuer konnte nach etwa eineinhalbstündiger Löschfähigkeit eingedämmt werden. Sechs Schlauchleitungen mußten in Betrieb gesetzt werden, um vor allen Dingen ein Uebergreifen auf die Nachbarhäuser und die beiden Seitenflügel zu verhindern. Der gesamte Dachstuhl in einer Länge von etwa dreißig und einer Tiefe von vierzehn Metern brannte völlig aus. Die Wohnungen der oberen Stockwerke haben stark unter Wollenschaden gelitten und mehrere Räume mußten wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Ein Mieter des vierten Stockwerkes, der die Wohnung nicht rechtzeitig verlassen hatte, erkrankte an Rauchvergiftung schwer und wurde in bewußtlosem Zustande in das nahegelegene Elisabethkrankenhaus gebracht.

Die Aufräumarbeiten hielten mehrere Löschzüge noch bis in die späten Abendstunden an der Brandstelle, die stundenlang von mehreren tausend Neugierigen umlagert war. Die Entstehungsursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Im Norden, in der Exerzierstraße, war das Feuer eben-

Die Nacht nach dem Verrat.

21] Roman von Liam O'Flaherty. (Aus dem Englischen übersetzt von A. Hauser.)

In diesem Augenblick wurde das Schiebefenster wiederum knirschend hochgehoben, die Kellnerin erschien in der Öffnung mit vier Gläsern Whisky auf einem Tablett. Gallagher ging zu ihr, zahlte den Whisky, reichte Connor und Mulhollands Gläser herüber, bekam sein Wechselgeld, tätschelte den Nacken der Kellnerin, daß sie kreischte; er lachte, zog selbst das Schiebefenster herunter und kam lächelnd, in jeder Hand ein Glas, auf Gypo zu. Er hielt das eine Glas Gypo entgegen. Gypo starrte es an, ohne eine Bewegung, es zu nehmen oder zurückzuweisen.

Allen Bewegungen Gallaghers war er mit dem dumpfen und argwöhnischen Staunen eines erschrocken wilden Tieres gefolgt, das glaubt, man wolle ihm einen Streich spielen. Jetzt starrte er auf das Glas, als ob er auch darin eine Falle witterte.

„Nimm's,“ sagte Gallagher kalt. „Nimm's, Mann, wenn du halbwegs vernünftig bist. Es ist besser, mich als Freund zu haben wie als Feind. Wenn du uns hierbei nicht helfen willst, könnten die Leute vielleicht denken, daß...“

„Uh,“ begann Gypo mit einem Schütteln seines ganzen Körpers. Dann hielt er atemringend inne. In schrillen Diskant fuhr er fort: „Das ist es nicht, aber... schau her...“ Seine Stimme vertiefte sich plötzlich zu heiserem Gebrüll: „s ist, weil ich nicht weiß, was ich tu.“

Er hielt inne. Gallagher warf Mulholland einen Blick zu. Mulhollands Augen winterten unmerklich.

„Ich bin hier am Verhungern gewesen die letzten sechs Monate.“ Gypo brach plötzlich in einen Sturm von Worten aus. Er redete wie ein Reger, hohl tönend, hallend und melancholisch. „Ich bin hier in der Stadt herumgelaufen und jeder von euch Kerlen ist an mir ohne ein Wort vorbeigelaufen, als ob ihr mich nie gekannt hättet. Drüben im „Haus“ bin ich gemessen und hab' von der Hand in den Mund gelebt, von allem, was ich den Seeleuten, Juden und Schauer-männern abpumpen konnte. Ich hatte keine Kleider, kein Geld. Ich hatte gar nichts. Und jetzt kommst du auf einmal an mit deinen schönen Redensarten. Schön... uh... und wie kommt es, daß...“

Wieder hielt er inne mit leuchtender Brust. Er schien

wieder in Wut zu kommen, aber plötzlich bewegte sich Gallagher näher an ihn heran und flüsterte freundlich und befehlend: „Schau her, Gypo. Ich will ganz offen mit dir sein. Ich will zugeben, daß du für die Bewegung viel getan hast. Du hast in den letzten sechs Monaten die Strafe gezahlt für die gefährliche Lage, in die du die ganze Organisation im letzten Oktober gebracht hast. Wir wollen einen Strich durch machen, unter einer Bedingung: wenn du uns einen Schlüssel geben kannst, wer der Mann war, der Francis Joseph McPhillip verpöffen hat, dann will ich dich wieder in die Organisation aufnehmen an deine alte Stelle im Stab des Hauptquartiers. Hier. Nimm dein Glas.“

Gypos Hand schoß augenblicklich vorwärts. Er packte das Glas und Gallaghers Hand zusammen in seiner enormen Fasse. Die beiden Männer rangen beinahe in dem Versuch, ihre Hände voneinander zu lösen. Sobald das Glas frei war, hob Gypo es an die Lippen und leerte es. Dann stakete er langsam zum Kamin hinüber und setzte das leere Glas darauf. Mit dem Rücken gegen die Gefährten hielt er inne, um sich mit dem Ärmel den Mund zu wischen.

Er brauchte Zeit, sich zu beruhigen. Gallaghers Vorschlag war so gänzlich überraschend über ihn gekommen, daß er gar nicht bei sich war. Seit jenem schrecklichen Augenblick, wo er die Tür der Polizeiwache aufgestoßen hatte, war sein ganzes Leben in eine pechschwarze Wolke untergetaucht, die undurchdringlich war und kein Entkommen bot. Er war allein gewesen, ausfällig, umzingelt von einer unzähligen Schar von Feinden. Jetzt plötzlich wurde ihm eine Möglichkeit des Entkommens durch den großen Gallagher selbst eröffnet. Gallagher, der große Gallagher, hatte ihm ein Angebot gemacht. Er sollte wieder in die Organisation kommen. Leute sollten wieder Respekt vor ihm haben. Wieder würden schlaue Kerle stets bei der Hand sein, Pläne für ihn zu machen, ihn mit Geld versehen dafür, daß er gemagte Dinge unternehme, schützen würden sie ihn, ihn loben für seine Tollkühnheit, seine Stärke und seine... Himmlische Mutter, Welch ein Glück!

Während er sich am Sims den Mund am Ärmel wischte, kam ihm bei seinem Bestreben, sich augenblicklich für seine Wiederaufnahme in die Organisation fähig zu erweisen, eine verrückte Idee. Einen Augenblick lang betrachtete er den Mann, der auf die Polizeistation gegangen war, als ein Wesen außerhalb seiner selbst. Ein Gurgeln erfüllte seine Kehle. Es war ein Versuch seiner gegenwärtigen Persönlichkeit, zu sprechen und Angaben zu machen gegen jenen betäubten Gypo Kolan, der in die Polizeistation gestolpert war,

Aber der Laut gefror ihm im Hals zu einer Kugel, die ihn schmerzte, als wären seine Drüsen plötzlich geschwollen. Er merkte, daß er selber eins war mit jenem schweren Jungen mit dem zerkrümelten Hütchen, der auf die Polizei gegangen war. Es war nur eine neue List eines Stückes von seinem Innern, seines Bewußtseins vielleicht, das ihn überreden wollte, seinen Verrat zu bekennen.

Der gleiche Impuls hatte ihn die ganze Zeit über verwirrt, in der er Frau McPhillips ansah.

Und dann, genau wie in der Kneipe, wo ihm, erschreckt durch Katie Fox, der verrückte Plan mit dem überfallenen Seemann in den Kopf gekommen war, entwickelte auch jetzt sein Hirn eine fieberhafte Tätigkeit. Es schoß ihm plötzlich wie ein Gewitter in den Kopf mit Krach und Blitz.

Sein Gesicht und seine Augen leuchteten auf. Er öffnete den Mund, ging geschwind zu Gallagher hinüber und sagte in zischendem Flüsterton: „Ich will's euch sagen, wer ihn verpöffen hat, 's war Mulligan, die Ratte. So sicher wie Christus am Kreuze hing.“

Die drei Männer drängten sich dicht um ihn. Argwöhnisch sahen sie alle hinter sich, dann starrten sie ihn an mit engen Augen. Einen Augenblick lang herrschte Schweigen. Dann tat ein jeder einen tiefen Atemzug. Connor ließ den Finger über den Drücker seines Revolvers gleiten.

„Mulligan, die Ratte,“ sagte Gallagher schließlich. „Wie hast du das herausbekommen, Gypo?“

„Das will ich dir sagen,“ schrie Gypo triumphierend, dann schwieg er wieder und sah sich theatralisch um, die Augenbrauen gerunzelt. „Ich hätt' von selber nicht gern was gesagt, aus Gründen, die jeder weiß. Ein Mann kann niemals so 'ner Sache sicher sein. Und bei Gott, 's ist das Schlimmste, was man gegen einen Mann vordringen kann. Aber wie du mir das so in den Weg gesetzt hast, Kommandant, daß ich kein Freund gewesen bin und daß 's mein Pflicht wäre, in dieser Sache... na, und da... Trohndem! Armer Mulligan!“

„Oh, mach' los,“ schrie Gallagher, vor Aufregung zitternd. „Komm' zu Ende mit dem, was du zu sagen hast. Noch deine Aussage, Mann.“

Aber Gypo ließ sich nicht hegen. Eine erstaunliche An-machung hatte Besitz von ihm ergriffen. Er langte nach dem Whiskyglas, das Gallagher noch unberührt in der Hand hielt. „Gib mir das, Kommandant, ich seh', dir scheint's doch nicht zu schmecken.“

Gallagher reichte ihm nervös das Glas. (Fortsetzung folgt.)

Jahren zwischen Biesdorf und Friedrichshöhe bezw. Marzahn ge-
bildet haben. Von hier waren bis zum nächsten Bahnhof Wege
bis zu 4 Stunden zurückzulegen. Auch besteht auf dem Bahn-
hof Marzahn noch immer Fernverkehr. Die Autobahnverbindung
schafft also eine bedeutend verbesserte Verkehrsmöglichkeit.

Die Anträge im Einsponprozess.

68 Jahre Gefängnis, 28 Verteidiger.

Gestern nachmittag begründete Staatsanwaltschaftsrat
v. Steineder die Strafanträge im Einspon-
prozess der 88 Angeklagten, über den wir berichteten, und
hielt bei den Hauptbeschuldigten ganz besonders empfind-
liche Strafen für notwendig. Er beantragte gegen
Leopold Balson wegen Betruges in 25 Fällen 4 Jahre
Gefängnis, 100.000 M. Geldstrafe oder für 1000 M. einen
weitere Tag Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen
Kustaa Barang 3 Jahre Gefängnis 100.000 M. Geldstrafe
und fünf Jahre Ehrverlust. Insgesamt sind annähernd
70 Jahre Gefängnis, 500.000 M. Geldstrafe und
27 Jahre Ehrverlust beantragt.

Bei der Begründung seiner Strafanträge hob Staatsanwaltschaftsrat
v. Steineder hervor, daß es sich um ein System
handelt, durch das die Öffentlichkeit auf das schwerste ge-
schädigt worden sei. Gegenüber diesem raffinierten System sei
die Abschreckungstheorie mit hohen Strafen das beste Schutz-
mittel. Der Staatsanwalt verlas die Hauptangeklagten mit den
Hauptern der Hydra und hob noch hervor, daß sich unter den
Angeklagten eine auffallend große Zahl von Ausländern be-
finde, Polen, Russen, Oesterreicher, Tschechoslowaken, Dänen,
Schweden und Engländer. Im ganzen wurden vom Staatsanwalt
Strafen von 68 Jahren und drei Monaten Gefängnis,
500.000 M. und 27 Jahre Ehrverlust beantragt. Von den
88 Angeklagten waren elf ausgeschieden, so daß nur noch
77 gegenwärtig zur Aburteilung des Schöffengerichts Charlottenburg
stehen. Am Dienstag beginnen die Plädoyers der 28 Verteidiger.

Eiserfuchtsstragödie in Schöneberg.

Eine blutige Eiserfuchtsstragödie spielte sich gestern abend kurz
vor 20 Uhr im Hause Grünwaldstraße 56 in Schöneberg
ab. In ihrer Wohnung wurde die 52jährige Elisabeth U. von ihrem
Geliebten, einem angehenden Baron von Urnim, mit dem
25jährigen Seemann H. überfallen. Nach einem kurzen heftigen
Wortwechsel zog Urnim eine Pistole hervor und feuerte auf seine
Geliebte und den Nebenbuhler mehrere Schüsse ab. Beide
wurden schwerverletzt. Nach vollbrachter Tat flüchtete der
Täter und entkam. Frau Uhl und Hahn wurden mit lebensgefähr-
lichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Zum Thema: Nächtlüche Dudderei.

Vor wenigen Tagen veröffentlichten wir eine Zuschrift über
die ganz unhaltbaren Zustände der nächstlichen Bauarbeiten. Aber
nicht nur die gelandeten Menschen reiten sich in ihrer Verzweiflung
mit ihrer Bitte in die Öffentlichkeit, auch die Kranken, deren
geschwächtem Körperzustand die gestörte Nachtruhe doppelt schadet,
melden sich jetzt. Hier wird Nacht für Nacht mit nachdrücklicher
Behenenz gebuddelt, gehämmert, schwere Gegenstände fallen dröhnend
zur Erde um. Außerdem ist unglücklichweise auch noch ein Unfall
in allerhöchster Umgebung und das Geräusch der Straßenarbeiten
vereinigt sich mit dem Geräusch angetrunkenen Gäste zu einem für
die schwerkranken einfach unhaltbaren Zustand. Nach Rücksprache
mit dem zuständigen Polizeirevier in der Albrechtstraße — es
handelt sich um das Maria-Viktoria-Krankenhaus in
der Karlstraße 29 — verspricht man, die polizeiliche Streife
dahin zu informieren, daß die Arbeit etwas ruhiger vor sich gehen
müsse. Damit ist der Sache wenig oder gar nicht gedient, da ja
die diensthabenden Beamten auf ihrem Rundgang, wenn das Glück
gut ist, vielleicht ein- bis zweimal hier vorbeikommen. Ein Auf-
heben der nächstlichen Arbeiten wäre aus hygienischen Gründen
nicht möglich, da während des ziemlich lebhaften Tagesverkehrs
weder der aufgeworfene Schutt auf den Damm geworfen werden
dürfte, noch andere verkehrshindernde Arbeiten vorgenommen
werden könnten. Dies das Resultat auf der einen Seite. Der Kneiper-
wirt, dessen Gäste an zweiter Stelle zur Unruhe beitragen, erklärte
kurz und bündig: „Ach was, ich hab mein Geschäft, bei besteht jetzt
80 Jahre, nun werd' ich vielleicht, weil ich auf einmal ein Krankenhaus
herbei, etwa meine Bude schließen? Soll' ich mit ihre
Krankenbühler doch außerhalb der Stadt ziehen?“, Man kann ja
gerade nicht sagen, daß keine Beurteilung der Angelegenheit von
allzu viel Gemüt kriegt, aber etwas Wahres ist an seinen Worten.
Krankenbühler gehören natürlich nicht in die Stadt und noch dazu
in derart besetzte Verkehrszentren. Wie also den armen Kranken
zu helfen ist, das bleibt jetzt dem Menschlichkeitsgefühl und der
Energie der maßgebenden Stellen vorbehalten.

Selbstmordversuch im Wohlfahrtsamt.

Im Wohlfahrtsamt Brenzlauer Berg erfolgten gestern der
Händler Richard Jökel, Kniprodelt, 17 wohnhaft, mit dem An-
trage, ihm zum Ankauf eines Pferdes sofort den Betrag
von hundert Mark zu bewilligen und zu zahlen. Er wurde zum
Aufnahmebüro verwiesen, um einen entsprechenden Antrag aus-
zufüllen zu lassen, da ohne eine Prüfung seiner Verhältnisse natür-
lich ein so hoher Betrag nicht ohne weiteres gegeben werden könne.
Im Aufnahmezimmer erlitt Jökel einen Anfall von Herz-
kämpfen, und während ein im Sanitätsdienst ausgebildeter
Angebotler sich mit ihm beschäftigte, zog Jökel plötzlich undemert
einen Revolver aus der Tasche und schoß sich mit dem Ausruf
„Alles verloren“ eine Kugel in die Brust. Der herbei-
gerufene Arzt stellte eine anscheinend leichtere Verletzung
fest und ließ den Verwundeten in das Krankenhaus Friedrichshöhe
überführen.

Bergmanns Haftentlassungsantrag abgelehnt.

Der Haftprüfungstermin über den Antrag des Rechts-
anwaltes Dr. S. Reblowitz, den bekannten Angeklagten in
der Lombardstraße Bergmann für hantamäßig zu erklären und
aus der Untersuchungshaft zu entlassen, fand gestern um 12 Uhr
statt. Bergmann wurde dem Gericht aus dem Lazarett ent-
lassen. Es wurde der Leiter des Lazarets im Untersuchungs-
gefängnis, Medizinalrat Dr. Böker, gehört, der sich eingehend
über den Gesundheitszustand Bergmanns äußerte. Bei seiner Ein-
lieferung wog Bergmann zwei Zentner. Er hatte bis zum
4. Juli 16 Pfund abgenommen, aber von diesem Tage bis
heute um weitere 14 Pfund. Diese Gewichtsabnahme führte
der Sachverständige auf den starken psychischen Druck zurück, der
durch die Anklage gegen Bergmann ausgeübt worden ist.
Er war jedoch der Ansicht, daß diese Gewichtsabnahme keine
Lebensgefahr bedeute. Bedenklich sei dagegen das Bruch-
leiden Bergmanns, das auch seine Aufnahme in das Lazarett be-
dingt habe. Hier würde möglicherweise eine Darmverengung
eintreten oder eine Entzündung eintreten. Bei der modernen
Einrichtung des Lazarets sei man aber in der Lage, binnen einer
Stunde ärztliche Hilfe eintreten zu lassen. Aus diesem Grunde
bestehe bei der Fortdauer der Untersuchungshaft auch nach dieser
Richtung hin keine Lebensgefahr. Auf Grund dieses Gutachtens ist
von der Strafkammer der Antrag auf Haftentlassung Berg-
manns abgelehnt worden.

Anfangskämpfe der Olympiade.

Amerikaner in Front. — Nurmis großer Sieg. — Goldene Medaille für den
Plauener Helbig.

Das Olympische Stadion in Amsterdam war von etwa
35.000 Zuschauern fast aller Nationen besetzt, als am Sonntag
die ersten Kämpfe auf der Aschenbahn, am Sprungbänder
und an der Wurfanlage ihren Anfang nahmen.

Sehr verheißungsvoll hatten die Spiele für die Deutschen schon
am Vorabend im Saale der Gewichtheber begonnen. Im
Federegewicht langte es für Wölper-Rünchen zwar nur zu einem
dritten Platz bei einer gleichen Bestung mit dem Italiener Sabelli,
im Kampf der Leichtgewichte aber erzielte der Plauener A.
Helbig die erste goldene Medaille für Deutschland. Er und der
Oesterreicher W. Haas erzielten gleichgute Leistungen, auch das
Körpergewicht der beiden stimmte überein. Die Wettkämpfe des
ersten Haupttages im Stadion begannen mit dem Kugelstoßen.
Der deutsche Weltrekordmann Emil Hirschfeld-Münster warierte
zwar mit der achtbaren Bestung von 15,72 Meter auf, die
Amerikaner waren aber besser. Johnny Rud siegte mit der
Weltrekordleistung von 15,87 Meter vor seinem Lands-
mann Briz mit 15,75 Meter, Hirschfeld wurde dritter, der sü-
ddeutsche Uabler kam mit 14,60 Meter auf den fünften Rang.

Mit großer Spannung sah man den Vorläufen über
100 Meter entgegen. Hier qualifizierten sich alle vier Deutschen
für die zweite Serie, so der deutsche Meister Cortis, der allerdings
dem Canadian Fitzpatrick den Vortritt ließ, sodann Houben und
Baumers, die ihre Bäufe fast verhallen gewannen. Auch in der
zweiten Serie, also den Vorwischenläufen, setzten sich die Deutschen
durch, indem sie sämtlich den zweiten Platz behaupteten, ohne sich
ernstlich auszugeben und auf Sieg zu laufen.

Die Vorläufe über 800 Meter sahen deutscherseits
Dr. Pelzer, Engelhardt, Larnogradi und Müller in Wettbewerb.
Dr. Pelzer lief ein ganz großes Rennen und gewann in 1:57,4
leicht, Engelhardt strengte sich gegen den Amerikaner Wodn
hahn nicht sonderlich an und begnügte sich damit, hinter dem 1:56,8
liegenden Hahn den zweiten Platz zu halten. Das schwerste Los
hatte der Dredener Larnogradi, der in dem von Keller-Franz-
reich vor dem Schweizer R. Martin gewonnenen Vorlauf nur
viertel werden konnte und damit ausschied. Der Zehlendorfer
Müller dagegen setzte sich durch, indem er hinter den Franzosen
Rarain (1:58,8) und Borfi-Ungarn den dritten Platz besetzte. Nach
dem sechsten Lauf der 100-Meter-Strecke wurde zum ersten Male
die deutsche Flagge am Siegesmast emporgezogen, der
Sieg Helbigs im Gewichtheben wurde der Welt verkündet.

Am 400-Meter-Hürdenlaufen waren keine Deutschen
beteiligt. Für die Entscheidung haben sich Taylor-Amerika in 33,4
und Cuhel-Amerika und Livingstone-England in 34 Sek. von Facelli-
Italien qualifiziert.

Am 10.000-Meter-Lauf stellte Nurmis seine große
Klasse neuerlich unter Beweis. Er verwies seinen Landsmann
Kittola, den vorjährigen Sieger, in der olympischen Rekordzeit von
30:18,4 knapp auf den zweiten Platz, dritter wurde der Schwede
Wilde. Die Amerikaner feierten ihren zweiten Erfolg im Hoch-
sprung. King siegte mit der beachtlichen Leistung von 1,94 Meter
vor seinem Landsmann Hedges mit 1,91 Meter. Die Deutschen
köpfe (1,87 Meter), Boneder (1,84 Meter) und Huhn (1,85 Meter)
konnten sich nicht placieren. Im Gewichtheben der Mittel-
gewichtsklasse kam der Deutsche Zinner nur auf den
vierten Rang, Hoffmann-Wagdeburg wurde sechster. In der Vor-
runde zum Mannschaftsfechten kämpften Deutschland-

Rumänien unentschieden 8:8, die Deutschen unterlagen dem gegen
Dänemark mit 7:9 und gegen Frankreich mit 6:10.

Zweiter Kampftag.

Von den so stark umstrittenen Zwischenläufen und dem Endlauf
der 100-Meter-Reislerstaffel und den drei Zwischenläufen des
800-Meter-Laufens ging der Glanz des zweiten Kampftages in dem
bei prächtigen Wetter wieder ausgezeichnet besetzten Olympischen
Stadion aus. Daneben interessierten dem deutschen Beobachter ins-
besondere die 100-Meter-Staffel und Zwischenläufe der Damen, in
denen unsere Vertreterinnen zunächst eine so dominierende Rolle
spielten. Leider blieben den Deutschen keine Ent-
scheidungen erspart, aber auch den Amerikanern erging
es nicht viel besser. Gerade die Strecken über 100 Meter und
400 Meter (Hürden) betrachteten die Pantees als eine „gelaufene
Sache“, andererseits hofften wir wenigstens zwei unserer Sprinter
im Endlauf der 100-Meter und Dr. Pelzer in der 800-Meter-Ent-
scheidung zu sehen. In allen Fällen kam es jedoch anders, als er-
wartet. Die Amerikaner kamen im Sprinterlauf als Beste ein und
mußten in der 400-Meter-Hürdenstrecke dem Engländer Lord
Burghley den Sieg überlassen, von den Deutschen blieben Cortis und
Houben in den Zwischenläufen der Sprinterstaffel hängen und
Dr. Pelzer scheiterte in seinem 800-Meter-Zwischenlauf. Im ersten
Zwischenlauf über 100 Meter siegte der Amerikaner
W. C. Miller in 10,6 vor Williams-Kanada, Legg-Südafrika
sowie Houben und Brocen, im zweiten Zwischenlauf
kam Baumers hinter dem in 10,6 liegenden Engländer London
als Zweiter ein vor Wylott-Amerika, während Cortis nur Fünftler
werden konnte. Im Endlauf kamen die sechs Teilnehmer nach
zwei Fehlstarts in Linie ob und lagen auch bei 50 Meter fast noch
auf gleicher Höhe. In den letzten 30 Metern zog der Kanadier
Williams davon, der dann sicher in 10,8 mit einem Meter Vor-
sprung vor London-England gewann, einen halben Meter zurück
folgte der Turnermeister Lammers klar vor Legg-Süd-
afrika, während die beiden Amerikaner Wylott und W. C. Miller
den Beschluß bildeten. Der erste Zwischenlauf über
800 Meter sah Dr. Pelzer nach etwa 200 Meter an der
Spitze und eine Runde lang das Feld anführen. Im ent-
scheidenden Moment war er jedoch mit seinen Kräften zu Ende
und mußte einen Käufer nach dem anderen passieren lassen. Fuller-
Amerika siegte in 1:55,6 vor Lowe-England (1 Meter) und Keller-
Frankreich. Meister Engelhardt konnte sich als einziger
Deutscher für das Finale qualifizieren, denn er besetzte im zwei-
ten Zwischenlauf den dritten Platz mit nur einem Meter
Rückstand hinter Njehln-Schweden (1:55,6) und Boston-
Amerika (Brustbreite zur.). Der Zehlendorfer F. Müller stand
im dritten Lauf auf verlorenem Posten. Hier lief der Ameri-
kaner Blyud Hahn mit 1:52,8 die beste Zeit aller Kon-
kurrenten heraus. Edwards-Kanada wurde Zweiter vor dem Fran-
zosen S. Martin. Am 100-Meter-Lauf der Damen ge-
wannen die deutschen Vertreterinnen sämtlich ihre Vorläufe, Stein-
berg-Berlin, Schmidt-Bremen und Junker-Kassel in je 12,8 Sek.,
Halbmann-Hamburg in 13 Sek. In den Zwischenläufen
schieden Frl. Holdmann (Vierte hinter Rosenfeld-Kanada in
12,4, Smith-Kanada und Walshburn-Amerika) und die Turner-
meisterin Junker (Dritte hinter Robinson-Australien in 12,4 und
Cool-Kanada) aus, im dritten Zwischenlauf siegte dann Frl.
Schmidt in 12,4 vor Frl. Steinberg. Die beiden deut-
schen Damen konnten somit in den Endlauf, Hammermerjan und
400-Meter-Hürdenlaufen gingen ohne deutsche Beteilig-
ung vor sich. Im Hürdenlauf triumphierte der Engländer Lord
Burghley in 33,4 Sek. über die Amerikaner Cuhel (1 Meter)
und Taylor (1/2 Meter), das Hammererwerk gewann der Ire
O'Callaghan mit 51,89 Meter vor Frl. Schweden mit
51,29 Meter und Frl. Amerika mit 49,03 Meter.

Aus den Wettkämpfen im Florett-Mannschaftsfech-
ten sind die Deutschen nach dem Unentschieden mit
Rumänien und den Niederlagen durch Dänemark und Frankreich
ausgeschlossen.

Die Kirche fordert!

Klagen über underechtigten Forderung von
Kirchensteuern sind uns neuerdings wieder in größerer
Zahl zugegangen. Eine besondere Ueberraschung ist es für
einen mit einer solchen Forderung befristigen Dissidenten,
wenn dem Schreiben auch noch das Flugblatt „Ein Wort zur
Kirchensteuer“ beigelegt ist, mit dem in diesem Jahre der
Kirchensteuerhöhung von 8 Proz. auf 10 Proz. die Kirche
an ihre zahlungsunlustigen Gläubigen wendet. Wird man
nicht endlich wirksame Maßregeln treffen, die
Befristigungen von längst nicht mehr zur Kirche gehörenden
Personen zu verhüten?

Rach einer der vielen von uns gebrochten Veröffentlichungen
über Beschwerden dieser Art wurde uns einmal von kirchlicher Seite
geantwortet, wir möchten unsere Leser lieber ermahnen, bei der all-
jährlich im Herbst zu Besten der Armen ausgeführten Personen-
standsaufnahmen genau ihre Konfession oder Konfessions-
losigkeit anzugeben. Ach, es bedurfte nicht erst der
Anregung, denn wir hatten diesen Rat, dessen Befolgung angeblich
vor underechtigten Kirchensteuerforderungen schützt, schon längst und
mehrfach in unserem Blatt erörtert. Aber auch die größte Vorsicht
und Gewissenhaftigkeit bei der Ausfüllung des Personenstands-
aufnahmegogens hat nicht immer davor geschützt, nach lange
auvor vollzogenem Austritt aus der Kirche noch mit einer underech-
tigten Kirchensteuerforderung bedrängt zu werden. Wir müssen bei
diesen immer wiederkehrenden Beschwerden es uns leider verlagern,
die Klagen der Beschwerdeführer wiedergeben, aus denen
die Kirche ersehen könnte, wie man über solche Mißgriffe
der Kirchensteuerforderung denkt. Den Freunden
der Kirche ständen die Haare zu Berge, wenn sie hörten, welche An-
sichten da im Volke verbreitet sind. Für die Kirche wird ein Dissident
mit einer underechtigten Forderung heimgesucht, und dann wird ihm
auch noch die Pflicht auferlegt, unter Aufwendung von Zeit und Geld
den Nachweis zu führen, daß er nicht zahlungspflichtig ist! Tut er
das nicht, dann hat er — das wird ihm angelündigt — Zwangs-
beitreibung zu erwarten. Für welche andere Körperlichkeit darf
soorgegangen werden? Nur die Kirche hat das Vorrecht,
daß für ihre Steuerforderung nicht sie den Nachweis der Berech-
tigung zu führen braucht!

Aus den die Kirchensteuer betreffenden Zuschriften, die in letzter
Zeit an uns gelangt sind, sei eine besonders herausgegriffen. Sie

Achtung! Leserinnen der Frauenwelt!

Freitag, den 3. August, große gemeinsame Dampferfahrt
nach Wolterdort-Schleuse. Abfahrt morgens 9 Uhr ab Oberbaum- oder
Waldenbrücke. Karten zum Preise von 1,50 M. für Erwachsene, Kinder,
30 Hfg. sind noch im Sekretariat der Arbeiterwohlfahrt, Lindenstraße 8
2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 1, zu haben.

betrifft eine underechtigten Kirchensteuerforderung, die schon recht weit
zurück liegt. Der Fall verdient aber noch jetzt Erwähnung, weil er
zeigt, was im Kirchensteuerwesen möglich ist. Unser Gewährsmann,
ein hochbetagter Parteigenosse, hat schon im Jahre 1878, vor jetzt
einem halbjahrhundert, in Weimar seinen Austritt aus der Kirche
vollzogen. Aber in Berlin-Biedertor wurde ihm noch für 1918
Kirchensteuer abgefordert, sozusagen zur Feier der
damals vierzigsten Wiederkehr seines Kirchen-
austrittes. Das war doch ein Rekord, der wohl nicht so leicht
zu überbieten ist. Mehrfache Befristigungen hatte unser Genosse schon
wider über sich ergehen lassen müssen. Wehrlich ist übrigens, zu
hören, warum der jetzt hochbetagte Genosse damals der Kirche den
Rücken kehrte. Er tat es, nachdem in Weimar im Jahre 1878 bei
der Einweihung eines Kriegedenkmals für 1870/71 ein Pastor in
seiner Wehrerode sich eine Verherrlichung des Krieges geleistet hatte.
Das war die rechte Antwort, zu der aber in jener Zeit noch Mut
gehörte.

Zwei jugendliche Ketter.

Das Spiel an der Uferböschung.

Beim Spielen an der Uferböschung stürzten gestern nachmittag
der sechsjährige Ulrich Schmoll aus der Böhmisches-
straße 42 in Neukölln und sein fünfjähriger Bruder Arnold
in der Grenzallee in den Neuköllner Schiffahrtskanal.
Auf die Hilfschreie der Kinder sprangen kurz entschlossen eine
noch unbetonte etwa 14jährige Schülerin und der 12jährige Schüler
Werner Rubin aus der Bredendörfer Straße 20 ins Wasser. Es
gelang den mutigen jungen Ketter, die verunglückten Kinder zu er-
lösen und an Land zu bringen. Da die Kleinen das Bewußtsein ver-
loren hatten, mußte die Feuerwehre alarmiert werden.

Die Wiederbelebungsversuche hatten bei Arnold Sch. jedoch
keinen Erfolg mehr. Sein Bruder wurde ins Leben zurückgerufen
und ins Britzer Krankenhaus übergeführt.

Bauhüttenfest. Auf für die Arbeiterchaft historischem Boden
— in Leppow — feierte die „Deutsche Bauhütte“ am Sonnabend
mit all ihren Mitarbeitern das Bauhüttenfest. Auf der Spreeinsel
Hietz war der größte Teil des Gartens mit rot und schwarz-
rot-weißen Fahnen ausgeschmückt. Ein Kistentransparent aus rotem
Luch mit der Bauhütten, dem Zeichen der Bauhütte, enthielt den
Willkommen Gruß. Bis fast auf den letzten Platz füllte sich der
Garten. Außer den Arbeitern und Angestellten der Bauhütten

Laxin führt ab, es wirkt sehr
milde, versuch es, und
Du bist im Bilde

Verbrauchssteigerung erstes Gebot

Lehren der Messebeobachtung.

Das Institut für Konjunkturforschung hat in Verbindung mit dem Leipziger Messeamt eine Denkschrift über die Lage der verarbeitenden Industrie im Lichte der Leipziger Frühjahrsmesse 1928 veröffentlicht. Diese kurz zusammengefaßte, aber inhaltsreiche Arbeit verdient von der Öffentlichkeit beachtet zu werden, und zwar nicht nur wegen der Fülle der in ihr enthaltenen Angaben, sondern auch wegen bestimmter Anregungen, die sie enthält.

Baufonjunktur fördert die Konsumgüterindustrie.

Die Gesamtlage der deutschen Industrie beurteilt die Denkschrift optimistisch. Die Aussteller der Leipziger Frühjahrsmesse waren im großen und ganzen mit dem Auftragsstand und der Kundenwerbung zufrieden, sie erwarten eine günstige Entwicklung des Geschäftes und hoffen in den nächsten Monaten ihre Beschäftigung in dem bisherigen Umfang erhalten zu können. Auf Grund der Denkschrift ist es aber unmöglich festzustellen, wie weit diese Stimmung der Messeaussteller der objektiven Lage der betreffenden Industrien entspricht. Ein Mißverhältnis tritt jedenfalls hier und da in Erscheinung, so z. B. wenn die Aussteller von einer guten Beschäftigung in der Textilindustrie oder in der Schuh- und Lederwarenindustrie sprechen (S. 8). Kennzeichnend ist dagegen, daß auf der Messe sich im Inlandsgeheim vor allem die Möbelindustrie und die Industrie der Haus- und Küchengeräte eines guten Erfolges erfreuten: diese Industrien sind aufs engste mit dem Wohnungsbau verbunden; die Belebung, die hier im Frühjahr 1928 herrschte, war auf den intensiven Bau neuer Wohnungen im Vorjahre zurückzuführen.

Um großen und ganzen ergibt sich aus der Denkschrift daselbe Bild, das die Arbeitslosigkeitsstatistik der Gewerkschaften bietet: in den Industriezweigen, welche die Produktionsmittel erzeugen, ist die Lage besser als in den Branchen, die für die letzten Konsumenten produzieren. Ferner herrscht in den ersten Industriezweigen die Nachfrage nach Qualitätswaren und neuen Marken vor, während bei den Konsumgütern der Absatz von mittleren und billigen Sorten im Vordergrund steht.

Grenzen des Produktionsmittelabfluges.

Diese Lage der deutschen Industrie müßte zu ernststen Beforgnissen Anlaß geben. Die Erzeugung von Produktionsmitteln ist nur ein Weg zur Produktion von Verbrauchsgütern. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln kann weder unendlich steigen noch auf die Dauer hochbleiben, wenn die Nachfrage nach Verbrauchsgütern nachläßt. Eine Störung im Absatz von Verbrauchsgütern führt deshalb unvermeidlich auch zu einer Störung auf dem Markt der Produktionsmittel. Das Ausfuhrgeschäft ändert in dieser Hinsicht schon deshalb nichts, weil die Produktionsmittel (Maschinen) bei weitem nicht den größten Teil der deutschen Ausfuhr an Fertigwaren darstellen; hier sollen auch Textilien, Papierwaren, Lederwaren sowie Rohstoffe aus Stahl und Eisen sehr schwer ins Gewicht fallen. Man darf sich also nicht über die schwache Beschäftigung in der Erzeugung von Verbrauchsgütern damit trösten, daß die Erzeugung von Produktionsmitteln noch mit Vollkraft vor sich geht. Vielmehr muß man rechtzeitig nach Maßnahmen suchen, um die Konsumindustrien zu heben, bevor die bei ihnen herrschende Störung sich auch über die anderen Industriezweige verbreitet.

Auch die Verfall der Denkschrift könnten nicht vermeiden, sich über die Maßnahmen auszusprechen, die die Überwindung der vorhandenen Schwierigkeiten fördern könnten. Sie empfehlen nämlich den Unternehmern zwei Wege zur Überwindung der Exporthemmnisse: einmal die Herstellung hochwertiger Qualitätswaren und ferner die Preislenkung durch rationelle Serienerzeugung (S. 11). Dieser Empfehlung sollte Folge geleistet werden. Das Problem wird aber dadurch nicht gelöst.

Das Schwergewicht der deutschen Produktion liegt nicht in der Ausfuhr, sondern im Inlandsgeheim. Die Denkschrift selbst bringt Angaben, die mit voller Eindeutigkeit darüber zeugen.

Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung sehen auf dem inneren Marke ab:

Proz. der Produktion

Bekleidungsindustrie, Nahrungs- u. Genussmittelindustrie, Möbel- und Holzwarenindustrie, Holz- und Baustoffindustrie	97
Textilindustrie und Bereifungsindustrie	88
Leder-, Lederwaren- und Schuhwarenindustrie und elektrotechnische Industrie	80
Großmaschinenindustrie, Papierindustrie und Maschinen- u. Fahrzeugbau	75
Chemische Industrie	70
Seidenindustrie und Feinmechanik	67
Eisen- und Stahlwarenindustrie	60

Als überwiegend ausfuhrabhängig können nur die Musikinstrumentenindustrie, die Feinkeramikindustrie und die Glasindustrie, die Werkzeugindustrie und einige Gewerbegruppen nebensünder Bedeutung gelten, die insgesamt nach der Zahl der Beschäftigten noch nicht 5 Proz. der deutschen Industrie ausmachen. Wohl muß man für diese Industriezweige sorgen, der Kern des Problems ist aber, dem Großteil der Industrie einen ausreichenden Absatz zu sichern, d. h. den inneren Markt zu festigen, der im ganzen nicht weniger als 80 Proz. der industriellen Produktion aufnimmt.

Die Denkschrift gibt folgende Uebersetzung wieder, die in Kreisen der süddeutschen Industrie angestellt worden ist:

„100 000 Arbeitslose kosten der Wirtschaft im Jahre an Arbeitslosenunterstützung 80 bis 90 Millionen Mark. Erhalten die 100 000 Arbeiter volle Beschäftigung in der Fertigwarenindustrie, so würden sie an Arbeitslohn, bei Berücksichtigung auch der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, in einem Jahre 150 bis 160 Millionen verdienen. Da der Lohnanteil am Fabrikpreis eines Fertigproduktes im Durchschnitt 50 Proz. ausmacht, sind zur Beschäftigung dieser 100 000 Arbeiter jährliche Aufträge in Höhe von 300 bis 400 Millionen Mark notwendig. Auf dem Inlandsmarkt sind nicht ohne weiteres für zusätzliche 400 Millionen Mark Waren unterzubringen; für eine Absatzvermehrung in diesem Umfang sind daher auch die Auslandsmärkte heranzuziehen. Nun wird der erwünschte Absatz nicht ohne systematische Werbearbeit zu erzielen sein. An Werbungskosten für neue Aufträge rechnet der Fabrikant mindestens 1 Proz. des Endproduktes. Das würde nach der aufgemachten Rechnung einem Betrage von 3 bis 4 Millionen Mark entsprechen. Heute werden aus der Arbeitslosenversicherung für 100 000 Erwerbslose im Jahre 80 bis 90 Millionen Mark aufgewendet. Würde man dagegen 3 bis 4 Millionen Mark für eine wirkliche Exportpropaganda ausgeben und durch Exportsteigerung 100 000 Arbeitskräfte ansetzen, so würden die bisher aus der Arbeitslosenversicherung gezahlten 80 bis 90 Millionen Mark frei werden und der Wirtschaft für die Beschaffung von Produktionsmitteln zur Verfügung stehen.“

Es ist nicht ganz klar, ob die süddeutsche Industrie ihren Mitgliedern die gesteigerte Exportpropaganda für eigene Rechnung empfiehlt oder erwartet, daß die Kosten von der öffentlichen Hand bestritten werden. Das letztere scheint uns wahrscheinlicher zu sein. Es handelt sich hier eigentlich um geringe Beträge, und man könnte ohne große Bedenken diesen Plan unterstützen, falls dabei wirklich ein Erfolg zu erwarten wäre. Das vorgeschlagene Mittel scheint uns aber Kurpfuscherei zu sein.

Wo gibt es einen vernünftigen Unternehmer, der geizig hätte, 1000 M. für Propaganda auszugeben, wenn er mit Sicherheit rechnen könnte, dadurch seinen Auslandsabsatz um 100 000 M. zu erweitern? Die Grenzen für das Ausfuhrgeschäft sind aber für die deutsche Industrie ziemlich eng gezogen — durch die Kaufkraft des Auslandes sowie den Wettbewerb anderer Ausfuhrländer —, sie können nicht einfach durch Propaganda unendlich erweitert werden.

Es ist deshalb falsch, die Binnenkonjunktur als etwas Gegebenes anzusehen, den Weltmarkt aber als ein Feld für eine unbeschränkte Expansion zu betrachten.

Eher müßte man die ganze Ueberlegung in der entgegengesetzten Richtung anstellen: die Ausfuhrmöglichkeiten für die Industrie sind nicht ausreichend, die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes hält mit dem Wachstum der produktiven Kräfte des Landes nicht Schritt, die Störung des Absatzes von Verbrauchsgütern droht auch die Lage der Produktionsmittelindustrien zu unterminieren, mit der Absatzpropaganda allein ist in diesem Falle nicht viel zu erreichen, man muß also für die Hebung der Kaufkraft der Volksmassen sorgen. Dieses ist das erste, das dringlichste Gebot!

Bl. W.

Große Gewinne durch Autofinanzierung

40 Proz. schon ausgewiesen — wahrscheinlich 100 Proz.

Der Geschäftsabschluß der Deutschen Automobilbank A.-G., Berlin, vom 31. März 1928 darf wegen der Betätigung dieser Bank im Abzahlungsgeheim von Autos und anderen langfristigen Gegenständen ein größeres Interesse beanspruchen. 14 848 Kreditanträge wurden eingereicht; davon wurden 74,81 Prozent genehmigt. Die Bank finanzierte 132 000 Stück Abzahlungswechsel. Insgesamt wurden 252 079 Kundenforderungen finanziert, und der Wert der finanzierten Warenabfälle betrug über 110 Millionen Mark, davon für Kraftfahrzeuge 28,15 Millionen. Der Umsatz an effektiv ausgegebenen Darlehen in der Teilzahlungsfinanzierung erreichte den Betrag von 74 Millionen Mark.

Ueber die interessante Frage der Ausfallrisiken wird gesagt, daß 1,89 Prozent der übernommenen Wechsel zu Protest gekommen sind. 0,87, also fast 1 Prozent der finanzierten Kredite, mußte als verloren angesehen werden, doch sind auch diese Verluste versichert.

Der starke Geschäftszuwachs zwingt zum Ausbau der Organisation. In Köln, Hamburg, Hannover wurden Filialen bzw. Geschäftsstellen eingerichtet. In Leipzig wurde für das schiffliche Geschäft eine Beteiligung an der Mitteldeutschen Industriebank A.-G., in Rammheim für das süddeutsche Geschäft eine Beteiligung an der Süddeutschen Kreditanstalt A.-G. und in Wien für das österreichische Geschäft eine Beteiligung an der Wirtschaftskreditgenossenschaft m. b. H. genommen.

Noch überraschender als die starke Entwicklung sind die außerordentlich großen Gewinne. Die Einnahmen aus Zinsen und Provisionen haben, sofern sie überhaupt ausgewiesen werden, sich von 1,27 auf 2,41 Millionen Mark erhöht. Da die Gewinne rasch steigen, scheint man an Ausgaben nicht zu sparen. Die Erhöhung der Unkosten von 0,66 auf 1,30 Millionen ist sehr stark. Daß die Kreditversicherungsprämien von 0,41 auf 0,85 Millionen gestiegen sind, entspricht wohl dem stark erweiterten Geschäftsumfang. Eingeholt sind von dem Kapital von 1,0 Millionen Mark zum Schluß des Geschäftsjahres nur 500 000 Mark. Auf diese 500 000 Mark wird ein Reingewinn von 216 000 oder weit mehr als 40 Prozent ausgewiesen.

Das ist an sich für eine Bank, die den Abnehmern der Industrie abhelfen will, schon außerordentlich viel. Wir haben aber Anlaß, anzunehmen, daß die 1,3 Millionen Zinsrückstellungen unter den Gläubigern der Bilanz auch noch sehr beträchtliche Gewinne enthalten, so daß man wohl nicht feigeht in der Annahme, daß der Reingewinn der Automobilbank mindestens 100 Prozent betragen hat. Wir können nicht nachprüfen, wie weit das der Fall ist. Wünschenswerter wäre es, wenn die Automobilbank selbst den Beweis dafür brächte, daß unsere Vermutung unrichtig ist. Solange das nicht geschieht, sind wir gezwungen auszusprechen, daß die Gewinne der Deutschen Automobilbank unangemessen sind und in absolut unverträglicher Weise die Industrie und die Verbraucher belasten.

Bauern gegen Getreidehandel.

Deutsche Bauernschaft für die Scheuer-Transaktion.

Der organisierte deutsche Getreidehandel läuft Sturm gegen die Verjude der Preußenkasse und der Rentenbankkreditanstalt, durch Beeinflussung des Getreidehandels die Abnahmeverhältnisse für landwirtschaftliche Produkte etwas zu verbessern. Die „Deutsche Bauernzeitung“, das Organ der „Deutschen Bauernschaft“, nimmt gegen die vom Getreidehandel organisierte politische Hege am 29. Juli folgenden Stellung:

Nur wenn die Kraft der Produzenten zusammengesetzt wird, läßt sich dem Angebot das Merkmal der Notverkaufs, das ihm heute in der Regel anhaftet, nehmen, und nur durch die Zusammenfassung des Angebotes kann ein wirklich ehrlicher Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage stattfinden.

Daß im Anfangsstadium eines solchen Versuches zunächst von oben her eine gewisse Verbindung mit großen Getreidehandelskonzernen und Verarbeitungsmühlen gesucht werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Stellen sich für die Durchführung einer derartig dringend notwendigen Transaktion das zentrale Genossenschaftsbankinstitut und die größte landwirtschaftliche Zentralbank zur Verfügung, so erfüllen sie lediglich die Aufgaben, die ihnen entsprechend der heutigen Entwicklung obliegen.

Der jetzt erbrannte Kampf des Handels, oder richtiger einzelner Handelskonzerne, wird also nur scheinbar gegen die Betätigung dieser großen öffentlichen Bankinstitute geführt. In Wirklichkeit richtet er sich gegen die große Masse des Bauerntums, die doch wahrlich Mittelstand im wahren Sinne des Wortes ist. Organisationsversuche der deutschen Landwirtschaft, geboren aus größter Not, erzwungen zur Abwehr des eigenen Ruins, sollen nach dem Borgehen des Handels „die Freiheit der deutschen Wirtschaft“ bedrohen. Wo ist denn diese Freiheit der deutschen Wirtschaft noch vorhanden, wenn die Landwirtschaft als

Abnehmer in Frage kommt? Kost künstliche Produktionsmittel, die der Landwirt braucht, werden monopolistisch beherrscht, und der Bauer muß sich die Preise diktieren lassen. Als z. B. unlängst bekannt wurde, daß die Stickstoffindustrie an dem an die Landwirtschaft verkauften Dünger weit mehr als 100 Millionen Mark verdient, da erhob sich aus den heute in Kampfvereinen Handeltreibenden keine Stimme für die „Freiheit der Wirtschaft“.

Es ist bezeichnend für die Einstellung des Handels, daß er diesen jede Objektivität vermissen lassenden Kampf beginnt, weil die landwirtschaftlichen Spitzenbanken die Getreideverwertung zu fördern suchen, daß er aber zur Verteidigung der „Freiheit der Wirtschaft“ kein Wort findet, wenn sich rein kapitalistische Handelskonzerne mit dem Kapital deutscher Privatgroßbanken bilden. Er sieht die „Freiheit der Wirtschaft“ auch nicht bedroht, wenn der Handel bestimmter Produkte in die Hände einiger weniger großer Konzerne kommt, die rücksichtsloseste Preispolitik lediglich im Sinne ihrer privatwirtschaftlichen Kapitalanhäufung treiben.

Wenn die landwirtschaftlichen Spitzenbanken durch ihr Eingreifen die Organisationsmaßnahmen der Landwirtschaft unterstützen wollen und die ausführenden Stellen des Reiches und des Staates diesem Versuch zugestimmt haben, dann versuchen diese staatlichen Stellen endlich einmal auch ihre Pflicht gegenüber dem landwirtschaftlichen Mittelstande nachzukommen. Ein solches Vorgehen ist darum von unserem Standpunkte aus nichts anderes als die Ausführung richtig verstandener diesbezüglicher Verfassungsbestimmungen.

Ein deutscher Margarinekonzern.

Aus der Hinterlassenschaft der Teutonia-Netzwerke-Hamburg

Wir haben schon früher gemeldet, daß der Betrieb der C. und G. Müller Speise fett A.-G., Berlin, trotz der finanziellen Schwierigkeiten nicht stillgelegt, sondern weitergeführt werden soll, nachdem die Firma als Aktiengesellschaft liquidiert und die Betriebswerte in die neugegründete C. und G. Müller Speise fett G. m. b. H. eingebracht wird. Die Berliner Firma gehört mit anderen Margarinefabriken zum Konzern der Netzwerke Teutonia, Hamburg, die durch schuldhafte Verschleppung ihres Generaldirektors zusammengebrochen sind. Die Beteiligung des Teutonia-Konzerns wird jetzt in der Allgemeinen Deutschen Margarine A.-G., Berlin, deren Kapital von 100 000 Mark auf eine Million Mark erhöht werden soll, vereinigt. Neben der neuen C. und G. Müller Speise fett G. m. b. H. handelt es sich um die Anteile der Margarinemehrs Dr. A. Schröder G. m. b. H. und die Anteile der Dresdener Speise fett G. m. b. H., die von der Dachgesellschaft aufgenommen werden. Dazu soll später die Weltfällische Süßrahmgelösung kommen.

Die zusammenzuschließenden Gesellschaften, die von den großen Margarinetrusts unabhängig sind, sind finanziell ziemlich schwach. Die Müller Speise fett A.-G. hat in ihrer jetzt für 1927 veröffentlichten Bilanz einen Verlust von 635 000 Mark ausgewiesen, das ist fast ein Drittel des auf 2 Millionen Mark erhöhten Aktienkapitals. Die frühere Dr. A. Schröder A.-G. konnte nach ihrem Geschäftsbericht zwar ihren Umsatz auf mehr als das Doppelte steigern, hat aber 1927 ebenfalls einen Verlust von 135 000 Mark.

Faber-Bleistift A.-G. hat Verluste.

Die alte Bleistiftfabrik normals Johann Faber A.-G., Nürnberg, hat ihre Bilanz für das Jahr 1927 noch nicht veröffentlicht. Nachdem sie in den Jahren 1924/26 je 6 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von 5,6 Millionen Mark verteilt hatte, scheiterte 1927 beträchtliche Verluste vorzuliegen. Der Aufsichtsrat will nämlich der Generalversammlung die Zusammenlegung des Aktienkapitals von 5,6 auf 2 und zur Beschaffung neuer Gelder die Wiedererhöhung auf 4 Millionen Mark vorschlagen.

Kesseltreiben gegen Handwerksvereine Die „Bäder- und Konditoren-Zeitung“ entwickelt einen Plan gegen die Zugehörigkeit von Handwerksmeistern zu Konsumvereinen, den man niedriger hängen muß. Die Spitzenverbände der Handwerksmeister sollen sich auf den Amtsgerichten Abschriften aus dem Genossenschaftsregister geben lassen, um festzustellen, welche Handwerksmeister Mitglieder der Konsumvereine sind. Dann soll den auf diese Weise festgestellten Handwerkern der Austritt aus dem Konsumverein „nahegelegt“ werden. — Diese Methode entspricht durchaus dem Geist, den wir von den Spitzbüchern der Handwerkerorganisation bereits kennen. Diese gutbezahlten Leute haben keine blasse Ahnung von dem Elend, in dem viele ihrer Mitglieder heute leben. Sie wissen nicht, wie so vielen Handwerksmeistern zumute ist, denen jeder Pfennig Ersparnis bei den Einkäufen ihrer Frauen unter Umständen eine Schrippe mehr für die Kinder und Butter statt Margarine aus Brot bedeuten. Glauben die Handwerkerorganisationen wirklich, mit unwürdigen Polizeimethoden die Massen der Handwerker an der Erkenntnis zu hindern, daß der Handwerker letztlich mit dem Wohlstand der Massen steht und fällt, daß Konsumvereine, die den Massenwohlstand erhöhen, deshalb auch nicht handwerkstrennend sein können, und daß die Konsumvereine schließlich auch große Auftraggeber sind, auf die die Handwerksmeister achten müssen?

Eine spanische Exportbank. Exportförderung um jeden Preis ist die kurzfristige Verlegenheitsparole der staatlichen Wirtschaftspolitik überall da, wo diese den mächtigen privatkapitalistischen Monopol- und Kartellinteressen im Inlande aus dem Wege gehen will. Auch Spanien geht diesen Weg durch die Gründung einer Exportbank. Der spanische Ministerrat hat der Gründung einer Bank für auswärtigen Handel mit einem Kapital von 150 Millionen Ptas. zugestimmt. Der spanische Staat gewährt einen rüchzahlbaren, aber unrentablen Barlohn im Betrage von 15 Millionen und jährlich einen vorzuziehenden Zuschuß auf die Dauer von fünf Jahren im Betrage von je 2 Millionen Ptas. Dieser vorzuziehende Zuschuß soll ausschließlich zur Gründung von Filialen der Exportbank in Süd-, Mittel- und Nordamerika verwendet werden. Wenn die Gewinne 7 Proz. übersteigen, soll der Staat einen bestimmten Gewinnanteil erhalten. Eine der Hauptaufgaben der Bank wird die Schöpfung einer Exportkreditversicherung unter Beteiligung des Staates und der Versicherungsgesellschaften sein. Die Tätigkeit der Exportkreditversicherung wird sich auf Spanisch-Amerika und die Philippinen beschränken.

Eine Versicherung über 1,6 Milliarden Mark. Wohl der größte Privatversicherungsabschluß, der je zustande kam, wird aus Amerika gemeldet. Im Rahmen von mehr als 200 000 Angehörigen der General Motors Corporation, dem großen amerikanischen Automobilkonzern, wurde eine Lebens-, Kranken- und Unfallversicherung über eine Gesamtsumme von 80 Millionen Pfund Sterling oder rund 1,6 Milliarden Mark abgeschlossen. Ein bedeutender Teil der Prämie wird von der General Motors Corporation getragen, der andere Teil von den Versicherten. Ob es den deutschen Unternehmern wohl recht wäre, wenn sie von ihren Angestellten ebenfalls zu derartigen Versicherungsabschlüssen ermuntert würden, die sie sicher mehr kosten würden, als die so arg beklagte deutsche Sozialversicherung?

Frankreich hat in zehn Monaten für rund 1300 Millionen Mark Gold gekauft. Nach einer Mitteilung der Bundes-Reserve-Bank in New York sind in der Zeit von September vorigen Jahres bis zum 20. Juli 1928 für 318 Millionen Dollar Gold, das sind fast 1300 Millionen Mark, nach Frankreich verschifft worden.

Kohle und Korn.

Von Jean Jaurès.

Erschienen am 31. Juli 1901
in „Le Peuple Républicain“.

Zu den goldenen Garben, die der Dreschmaschine harren, legen Bauern einige Stübe schwarze, glänzende Kohle. Es ist die Kohle, die morgen die Maschine in Bewegung setzen wird.

Die Kohle ist es, die große Kraft der Industrie, die heute den Kreislauf des Getreides schließt. Eine ganz neue Verfertigung von Erfindungen und Kräften.

Nach vor wenigen Jahren erweckte die Kohle die Vorstellung entweder vor großen, lärmenden Bahnhöfen oder von riesigen, leuchtenden, staubigen Fabriken.

Nun vermischte sie ihren Glanz aus dem unterirdischen Dunkel mit der leichten Pracht der Ernte, die die große, helle Weite vergoldet hat. Morgen wird sie die Maschine mitten in der andächtigen Natur erzittern lassen, und der Schatten ihres unruhigen Rauches wird über die Felder ziehen, die Felder voll langsamen Wachstums, wo die Kräfte des Lebens stumm arbeiten.

In dieser Kohle ist seit Millionen von Jahren, Sonnenwärme aufgespeichert worden. Und so, während die Sonne gegenwärtiger Tage die Kornähren reift, ist es die Sonne vergangener Tage, die der Genius des Menschen wieder zum Leben erweckt hat und die dem Bauern hilft, die Körner vom Stroh zu scheiden.

Die menschliche Arbeit ruht mit den lebendigen Strahlen des gegenwärtigen Lichtes die dunkle Kraft vergangener Lichtes zurück. Und die erhabene Gestalt des Söders, die den Kreislauf des Kornes eröffnet, den die Kohle schließt, breitet sich nicht nach sichtbaren Horizonten aus: für die letzte Vollendung des Wertes zaubert die Arbeit Kräfte hervor, die in vergangenen Weiten leuchteten!

Welch wunderbares Zeugnis der Entwicklung des Menschen, seiner wachsenden Macht über die Natur, welche Beherrschung des schöpferischen Geistes! Und wieder! Freuden würden immer die Arbeit des Bandmannes durchleuchten, wenn sie bemerkt sein könnte! Man muß sein Bewußtsein wecken und ihm bis in den Alltag seines Lebens, bis in seine gewohnlichsten, einfachsten Handlungen die Größe des Menschengeistes offenbaren!

Und ist es nicht auch der Mensch, der das Getreide schafft? Die Produkte, die man natürliche nennt — zumindest diejenigen, die den menschlichen Bedürfnissen dienen — sind meistens nicht ursprüngliches Werk der Natur. Weder Korn noch Weinstock existierten, bevor einige Menschen, die größten unter den unbekanntem Genies, langsam einige Samen oder einige wilde Reben veredelt und aufgezogen hatten. Er, der Mensch, hat in irgendeinem arbeitsamen Körnchen, vom Winde durch die Felder geweht, das zukünftige Kleinod des Weizens erkannt. Er hat den Saft der Erde gezwungen, seine feine, kostbare Substanz in ein Getreidekörnchen zu pressen oder die Traube zu schmelzen.

Es gibt keinen von selbst gewachsenen Wein. Es gibt kein von selbst gewachsenes Getreide! Brot und Wein sind Produkte des menschlichen Geistes. Die Natur selbst ist ein wunderbares Kunstwerk des menschlichen Genies.

Sully Prudhomme hat in seinem berühmten Vers das Wort der Sonne überschätzt, indem er sagt:

„Sonne, Vater des Getreides, das Vater der Menschen ist!“

Die Verbindung der Sonne mit der Erde hätte nicht genügt, das Korn zu erzeugen. Dazu war die Vermittlung des Menschen notwendig, die Vermittlung seines forschenden Geistes, seines geduldrigen Willens. Das haben die Älten gewußt, als sie den Göttern, den glorreichen Urbildern der Menschheit, die Erfindung des Weinstocks und des Getreides zuschrieben. Aber solange schon sehen die Bauern der Ernte sprießen, die Schöpfung des Menschen ist so tief der Erde eingezeichnet, sie ergießt sich so üppig über Hügel und Felder, daß die Wanderer, gemohnheitsmäßig, das alte Kunstwerk menschlichen Genies für eine Gabe der Naturkräfte halten.

Und wahrhaftig, wie kann man sich ohne hohe Spannung des Geistes vorstellen, daß dieses weite Getreidemeer, das seit Jahrtausenden seine goldenen Wellen wirft, im Sommer braun und warm unter der Sichel fällt, im März frisch und grün allmählich zu reifer Herrlichkeit erwacht, wie kann man sich vorstellen, daß dieses gemaltige Meer, dessen Ebbe und Flut die Jahreszeiten regeln, seinen Ursprung im Geiste des Menschen hat?

Und doch ist es so, und ein Teil der Aufklärung der Bauern liegt darin, das lebendige Gefühl, das Gefühl für die Gestaltungs-macht in ihnen wachzurufen. Ihr Hauptfehler ist die übertriebene Ehrfurcht vor der Natur, ist die Tendenz, in allem, was ist, in der logischen wie natürlichen Ordnung, ein unerschütterliches, unerbittliches Schicksal zu sehen. Sogar heutzutage, sogar nach dem un-gewöhnlichen sinnvollen Aufschwung der Wissenschaft, sogar nach der Anwendung der Chemie und der Mechanik in der Landwirtschaft, erscheint den Bauern der Fortschritt, auch wenn sie ihn anerkennen, nur als Zufall, nur als begrenztes Wunder. Sie haben keine Ahnung von der langsamen, aber unaufhaltsamen Evolution des Menschengeistes. Das Leben ist für den Bandmann wie ein kleines Floß auf unendlichem Ozean. Wenn er darauf nicht zu sehr Hunger leidet, achtet er selten auf den Horizont. Nur langsam be-ginnt er sich zu rühren. Und wenn wir es verstehen, durch die Schule, durch Agitation, durch irgendeine Welt- und Geschichts-betrachtung in ihm das Verständnis für das Sinnvolle in Ent-wicklung und Fortschritt zu wecken, werden wir das Aufkommen einer rationelleren und gerechteren Gesellschaft vielleicht um ein Jahrhundert beschleunigen.

Ich weiß sehr wohl, daß jedes Wort überflüssig und jede Theorie ohnmächtig wäre, wenn die Bewegung der Dinge sich nicht selber in den Bewohnheiten der Bauern bemerkbar machte. Es ist notwendig — darin hat der historische Materialismus Recht —, daß die wirt-schaftlichen Bedingungen den Gedanken des Menschen wachsen! Aber dieser ist keine untätige Kraft. Er geht im Sinne der Ereignisse schneller als die Ereignisse selbst. Dem Bauer das tiefe Gefühl für die Bewegung des Universums geben, ihm durch die Geschichte die großen, schon vollzogenen Umwälzungen klar machen und seine Auf-merksamkeit auf die langsamen, aber beständigen Umwälzungen lenken, die sich beständig in ihm und um ihn vollziehen, ihm die steigende Macht des Menschen aufzuzeigen, der ununterbrochen neue Formen des Lebens und der Gesellschaft geschaffen hat und loszuziehen die Natur selbst in ihren notwendigsten Produkten, ihm so von der Kühnheit des Geistes mitzutellen, die die Menschheit groß machte:

Es gibt keine dringendere Aufgabe, und heutzutage übersteigt sie nicht mehr die menschliche Kraft!

Der Feuergeist der Industrie hat sich der Arbeit des Band-mannes bemächtigt. Rote der brennende Geist des Fortschrittes, der Feuergeist der Menschengefährdung, auch in sein Hirn dringen!

(Abgedruckt von Dr. Billi Rauscher.)

Leben und Tod in Hamburg.

Eine Deutschlandfahrt.

Hamburg ist eine gewaltige Stadt. Das Tempo der Welt hat in den Baracken der Reustadt und Alstadt mächtig aufgeräumt. Am Chilehaus sind neue Rammhochhäuser im Bau. Eine großartige City entsteht, mittelalterliche Straßen fallen, die Pestlöcher, die Armutshöhlen, aber sie sind noch zahlreich genug in der Reustadt, in den dunklen, schmalen „Gängen“, in den verwinkelten Gassen, wo die Armut mit dem Lumpenproletariat Wand an Wand wohnt. Weit draußen an der Alster liegen die vornehmen Villen der Kaufherren, auf dem Jungfernstieg schlendern immer noch die vielen Nichtstuer, im Alsterpavillon und in den Hotelhallen sitzt immer noch die goldene Jugend der Stadt. Hamburg hat schon ein Gesicht. An der Stirnseite dieses Antlitzes haben die Proletarier mitgemischt: die Stirnseite, das ist das große Gewerkschaftshaus, das ist das schöne Heim der proletarischen Reisenden: Die Heimstätte, das Hotel des kleinen Mannes, wie es sich so bescheiden nennt. Aber auch die vielen Siedlungen, die schönen Bierantblods neuer Wohnungen, von Arbeitergenossenschaften errichtet, gehören in die Stirnseite der Stadt. Und auch die „Produktion“, der Hamburger Konsum mit eigenen Fabrikanlagen, Gütern und Warenhäusern.

Die Stadt hat über eine Million Einwohner, und über 500 000 Menschen sind durch die Arbeit mit dem Hafen verbunden. Der Hafen ist das Leben, der Hafen ist auch der Tod. Das Leben: das ist die beruhigende Sinfonie der Arbeit, das sind die Atemzüge der Welt, das sind die neuen Hochhäuser, die wunderbaren Schulen, das ist die Arbeiterbewegung, die sich immer mehr und mehr der Freien und Hansestadt bemächtigt. Aber der Tod steht in Atemnähe zum Leben, und in den letzten 27 Jahren hat der Hafen über 800 Proletarier als Todesopfer gefordert. Ueber 20 000 schwere und über 50 000 leichte Unfälle im neuen Jahrhundert an den Kais, an den Kronen, in den Lagerschuppen, auf den Schiffen! Durch die Arbeit, aus Schweiß und Blut der Proleten ist Hamburg groß geworden und nicht nur aus den Spekulationen der Kaufleute, aus der Berechnung der Ingenieure, nicht nur durch die Schiebungen an der Börse, nicht nur durch die Ausbeutung fremder Völker.

Zu Hamburg gehört auch St. Pauli mit der Reeperbahn, dem großen Vergnügungsrummel, von dem die Fremden schwärmen. Aber auch der Hafen gehört zum großen Teil zu St. Pauli und zwischen der Arbeit und dem buntem Vergnügen die Vermehrung ganzer Bezirke. Die Singpielhallen gehören dazu, die Chinesen-felder, die Schaffhäuser, die Spelunken. Der Seemann, von wilden Fahrten heimgekehrt, hat genug Einsamkeit gehabt, genug Arbeit, Männerdasein, Disziplin, genug Himmel, Feuer und Wasser. Er will und muß sich ausbalancieren können. Und in St. Pauli balanciert er sich aus. Da findet er, was er sucht: Mädchen, Ruff, Kinos, Barm, Saff und Fraß.

Die Mädchen warten überall, aber auch der Tod wartet überall auf den Seemann. In den Berichten des Hamburger Seemanns greift der Tod, brüllt das Meer, heult der Sturm, lauern die Klippen. Der Steuermann Henry Heitmann wurde am 22. Mai über Bord gespült und ertrank. Der Motorsegler „Herbert“ mit Salpeter für Kahlberg geladen ging unter, der Kapitän und zwei Mann der Besatzung ertranken. Der Maschinist Bemke starb an Bord seines Schiffes an Kohlenvergiftung. Der Schlepper „Gladiator“ wurde von einem Schiff gerammt, der Maschinist Müller auf „Gladiator“ in seiner Kabine zermalmt. Der Fischdampfer „Steinhöft“ ist von einer Fangleise ins nördliche Meer nicht mehr zurückgekehrt, die Besatzung zwölf Mann, ist verschollen. Der Schlepper „Albatros“ ging an der norwegischen Küste unter. Er kam von Gibraltar, war ein alter Kasten, 1891 gebaut und sackte mit seiner ganzen Besatzung, mit 13 Mann, ins Meer.

Und so geht es weiter, immer weiter: Sturm, Schiffbruch, Havarie, Tod durch Ertrinken auf hoher See oder im Angesicht der Küste, wo die Mädchen warten, wo die Frauen warten, wo die Kinder warten. Der Beruf des Seemanns ist ein schwerer Beruf.

Aus der Geschichte des Stappspiels.

Aus Anlaß des 12. Deutschen Statkongresses in Altenburg, der eigentlichen Heimat des beliebtesten Spiels, die auch immer die „Stappstadt“ vor allen anderen geblieben ist, widmet die Leipziger „Allstrizierte Zeitung“ dem Spiel mit den vier Wenzeln verschiedene interessante Beiträge. Das Kartenspiel überhaupt ist durch die heim-lehrenden Kreuzfahrer aus dem Orient in das Abendland gebracht worden, wo es schon seit langem in Uebung war. Zunächst breitete es sich in den romanischen Ländern aus, wo es sich in der Einsam-keit der Burgen als unterhaltendes Zerstreungsmittel bewährte. Die erste Beschreibung des Kartenspiels in lateinischer Schrift hat uns, wie Valerian Tornius in einem der Artikel hervorhebt, der Klosterbruder Johannes von Rheinselden überliefert: „In einem Spiel, das man gemeinhin Kartenspiel nennt, bemalen sie die Kar-ten auf verschiedene Art und spielen allerlei Spiele damit, wobei sie gewinnen oder verlieren. Dieses Spiel ist sehr hübsch für den Adel und Personen, die Zeit übrig haben. Man hat vier Könige auf vier Karten gemalt, und jeder hat ein bestimmtes Zeichen, von denen gelten die einen für gut, die anderen für schlecht. Unter den Königen kommen je zwei Marschälle, von denen hält der eine das Abzeichen nach oben, der andere nach unten. Nach diesen sind noch zehn andere Karten von derselben Größe und Form. Auf der ersten ist das Zeichen des Königs einmal, auf der anderen zweimal und so weiter bis zur zehnten. Es wird also jeder König die dreizehnte Karte, so daß zu einem Spiel zweiundfünfzig Karten gehören.“

Geht so die Geschichte des Kartenspiels weit in die Jahrhunderte zurück, so ist das Stappspiel noch verhältnismäßig jungen Datums; man kann auch nicht sagen, daß es einen eigentlichen Erfinder dieses Spieles gebe, vielmehr brauchte es Jahre der Entwicklung und der Zusammenwirkung der verschiedensten Personen. Zu Ende des 18. Jahrhunderts wurden besonders Spiele wie „Sühmisch“, „Grob-hannes“, „Einundzwanzig“, „Häufeln“, „Tippen“, „Schafkopf“ und „Solo“ gespielt. Von ihnen ist der Schafkopf der Vorfahr des Stapp-spiels, denn dieser weist in seinen Grundregeln auf das ältere Spiel hin. Es wird erzählt, wie Julius Bennendorff in seinen Ausführungen über die Geschichte des Stappspiels hervorhebt, daß der Schafkopf aus dem Erzgebirgischen durch einen Fuhrmann zur Kenntnis einer tarodenden Altenburger Abendgesellschaft gebracht wurde und bei

ob nun die Ozeane gekreuzt oder die Fischgründe befahren werden. Dem Seemann bleibt wenig Gewinn. Der Gewinn der Seefahrt, die immer noch „die christliche Seefahrt“ heißt, strömt den Reedern zu, die in Hamburg zum größten Teil deutschnational sind, der Gewinn strömt den Kaufleuten zu, den Hochseefischfang-Aktiengesellschaften.

Auch zu den Fischen muß man gehen, in die großen Hallen am frühen Morgen, wo in flachen Kästen die schwarzen Welse, die grünblauen Heringe, die schimmernden Kabeljaus und Schell-fische, die gelbbraunroten Schollen, die schwarzen Kalquappen und Kale liegen, die glitzernden Hechte, Schleie, Barsche und die vielen anderen grünen, blauen und rotgepunkteten Fische. Die Fische müssen gefangen werden. Sie werden in der Unterelbe gefangen und an den nördlichen Küsten Europas. Dorthin, wo die Meeresströmungen zusammenfließen, wo auf dem Meeresgrund wuchernde Gärten sich wiegen, in denen kleine Fische spielen und leben, um von großen Fischen aufgefressen zu werden, dorthin fahren die Fischdampfer und mit ihnen der Mensch, der Obersteifer. Drei bis vier Wochen dauert so eine Hochseefahrt. Pausenlos geht die Arbeit, wenn die großen Fischzüge kommen.

Die Fische schwärmen im Meer, bestimmen Befehlen untertan, die weißen Fische, die rotgepunkteten Fische, die grünblauen Fische. Auch im Hamburger Hafen ist jeden Morgen große Bewegung. Die zwanzigtausend Arbeiter stürzen zum Hafen, die rund zehntausend Arbeiter stürzen nach den Werften. In die Maschinenwelt stürzt der Mensch und bewegt sie. Rauch und Dunst lagert über der Elbe. Die Sonne rollt, eine weiße, glühende Kugel, über den Werften, über den Schiffen, über den Getreidebechern. Ja, Leben und Tod ist in dieser Stadt verschwistert. In den schönsten schieferen Schulen lernen die Kinder aus den häßlichsten, dunkelsten Gassen. Die Ver-zaubung fremder Länder steht wie ein Regenbogen über dem Hafen. Auf der anderen Seite, im flachen Tal der Alster, liegt das Justizhaus Fußstüßel, in dem es keine Verzauberung der Welt gibt, nur Sehnsucht nach der Welt und vielleicht auch etwas mehr Raum und Bewegungsfreiheit, als sonst in den deutschen Gefäng-nissen und Justizhäusern.

Wir verlassen den Hafen und gehen dann die verwinkelten Grenzen ab, die Hamburg-Altona trennen und zusammenschneiden, aber mehr trennen als zusammenschneiden. Die Flurdeinigung Deutschlands muß auch mit dem trostlosen Unstimm dieser Grenzen aufräumen. Umweit der Grenze, am Heiligen-Geist-Feld, dem Auf-marschplatz der Hamburger Arbeiter, umweit der Schlachthäuser und einer Polizeiwache sehen wir auch das Missionshaus „Jerusalem“, das Institut zur Belehrung der Juden zum Christentum. Eine Ja-hreschrift verkündet: „In diesem Haus hat jeder Israelit Gelegenheit, das Christentum kennen zu lernen.“ Vielleicht hatte der vorüber-gehende Mensch mosaischer Religion Gelegenheit, in anderen Häusern das Christentum kennen zu lernen, aber nicht vollkommen, und so sagt eine andere Jahreschrift: „Wir haben den Messias, Jesum Christum gefunden, von welchem Moses im Gesetz und die Propheten geschrieben haben.“ Aber auch in hebräischer Keilschrift wird um die verlorenen Seelen gekämpft. Das ist das Missionshaus „Jerusalem“. Lese, Wanderer, lächle, und gehe weiter . . .

Und wir gehen weiter, berühren noch einmal den Hafen, sehen das wilde Leben und ahnen den schneefreien Tod, wir denken an die Opfer der Arbeit am festen Band und auf dem bewegten Meer, wir sehen die zerfahrene Alster in dunklen Flecten nach der Elbe strömen. Alte Giebelhäuser rogen am schwarzen Wasser auf, die Hochbauten der City werden sichtbar. Dann kommen wir an ein altes Haus, an das Seemannshaus. Eine Sammelbüchse hängt an der Tür, ein verblasstes Gemälde zeigt ein Schiff in Not, das Meer brüllt, und eine Jahreschrift nahe der Bettelbüchse flüstert, wimmert und beschwört: „Gebt den Seefahrer-Armen um Gotteswillen!“

Max Barthel.

dem spielreudigen Bürgertum der kleinen Residenz schnell Eingang fand. Die dem Spiel aber anhaftende gewisse Eintönigkeit und Langweiligkeit wurde den geistig regamen Männern bald zu viel, und sie bemühten sich um die Vertiefung und den Ausbau des Spieles. Der „Schafkopf-Stat“, von dem ein Geschichtsschreiber sagt, „daß man ihn mit Recht einen veredelten Schafkopf, folglich Merino nennen könnte“, war gegenüber dem heutigen weitveredelten Spiel noch sehr einfach. Er entwickelte sich etwa in den Jahren 1810—1815 durch die Einführung des im Tarock üblichen Wegens von zwei Stabblättern, von denen das unterste den Trumpf bestimmte, dann in den folgenden Jahren durch Unterscheiden zwischen Frage- und Handspiel, Bestimmung des Trumpfes durch Reizen und Ent-wicklung des Spieles zum eigentlichen Stat durch die Einführung der Bewertung.

In diesen Jahren hat auch der Hofadvokat Ferdinand Hempel, ein pfiffiger Jurist und „Hansdampf in allen Gassen“, in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Ostländer Blätter“ als erster den Stat im deutschen Schrifttum beschrieben; er verstand es auch durch seine originelle und humorvolle Geselligkeit, die Pflege und Verbreitung des neuen Spieles zu fördern. Die folgenden Jahrzehnte brachten dann die weitere Ausbildung des Spieles und schließlich eine gewisse Verwilderung durch zahlreiche Ortsgebräuche und Neuerungen, bis endlich 1886 der erste deutsche Statkongreß in Altenburg die Altenburger Statordnung festsetzte, die eine feste Re-gelung gab. Der Name des Stats ist bedeutend älter als das Spiel selbst; er ist dem viel älteren aus Italien stammenden Tarockspiel entnommen, indem die wegzuliegenden Blätter in ein Behältnis, die „scatola“, gelegt wurden. Da nun beim Statspiel ebenfalls Blätter weggelegt werden, hat man den Kunstausdruck des Tarocks „Stat-logen“ gleich sinngemäß auf das neue Spiel übertragen.

Schuhe aus alten Pneumatiks.

Für die alten Automobilreifen hat man in Mazedonien und Thrazien sehr eine vorzügliche Verwendung gefunden. Man ver-fertigt aus diesem Abfall die abgelaufenen Schuhe der Bauern, und der Bedarf ist so groß, daß man bereits zur Einfuhr schreiten muß. So werden jährlich nach einem Bericht der „Umschau“ etwa 50 000 alte Pneumatiks aus Frankreich importiert. Ein Reifen ergibt drei Paar Schuhe, die einen viel besseren Schutz gegen die Feuchtigkeit als die früheren Schuhe gewähren und besser halten.

